

domino 3/94, Jahrgang 2, Preis pro Heft: S 40.- Jahresabo: S 120.-

domino

Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen

Eisenbahn - Reiseraum(a)?

Zwischen Fleischpalatschinken
und Recht statt Gnade

IN DIESEM HEFT

Editorial	3
Reaktionen	4
Thema: Eisenbahn - Reisetraum(a)	5
Satire: Rolli hopp statt Drogen top!	10
News	14
Wahlkampf I Die „Großen“ fordern die Gleichstellung	16
Integration - Zwischen Meraner Fleischpalatschinken und Recht statt Gnade	18
Bücher	21



Portrait - Theresia Haidlmayr Denn es geht um unser Lebn, um unsere Freiheit	23
Wahlkampf II Die „Großen“ fordern die Gleichstellung	26
Deutschland - Pressekonferenz der ungewöhnlichen Art	28
Sexualität - In der Nacht kommt der Mann ohne Gesicht	30
Satire - Grolls großer Sprung	32
Impressum	36

SL - 2000 4 Rad Elektro Scooter das ideale Fahrzeug für Behinderte



- * Verwendbar auf Straßen und in Wohnräumen
- * Zugelassen auf allen öffentlichen Verkehrsflächen, auch bei Nacht, führerscheinfrei
- * Kraftvoller 24 Volt - Motor
- * Automatische Bremsen
- * Steigfähigkeit 15° (33 %)
- * In 3 Ebenen verstellbarer und drehbarer Komfortsitz
- * Einfache Einhandbedienung
- * Versiegelte, auslaufsichere wartungsfreie Batterien
- * Durch sparsamen Stromverbrauch große Reichweite - mehr als 50 Km
- * In 6 Teile zerlegbar - daher leicht im PKW zu transportieren
- * Österreichweiter Servicedienst

Besichtigung und unverbindliche Probefahrt nach vorheriger telefonischer Vereinbarung bei E.M.S. European Medical System
Tel. (0222) 53 56 813 Fax. (0222) 53 56 812
oder Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle
Geiggasse 5 - 9 1050 Wien
Tel. (0222) 544 46 64 / 111 DW Fr. Claire 305 DW Hr. Seebacher

Redaktionssitzung in Linz. Als Wiener reiste ich mit der Bundesbahn an. Eigentlich kein berichtenswerter Umstand, wenn, ja wenn da nicht einige Probleme aufgetaucht wären.

Nichts kann so schön sein wie eine gemütliche Bahnreise. Meist esse ich im Speisewagen eine Kleinigkeit und verbringe die restliche Reisezeit mit Lesen. Da die behindertengerechten Waggons auch ein rollstuhlgerechtes WC haben, fühle ich mich rundum wohl.

Kurz vor der Redaktionssitzung rief mich Andreas Oechsner an, ob wir den Termin nicht um einige Tage verschieben könnten. Nicht, daß Sie meinen, ich sei nicht flexibel, aber ich benutze einen Elektrorollstuhl, und da muß man schon einiges organisieren. Einerseits war der Behindertenfahrtendienst in Wien schon bestellt, andererseits hatte ich schon die Fahrkarten samt der Reservierung. Natürlich war zu diesem Zeitpunkt auch schon der Ankunfts- und Abfahrtsbahnhof informiert, daß ich die Ein- und Ausstiegshilfe der ÖBB benötige. Daher habe ich auf den Termin bestanden, weil ja schon alles organisiert war - dachte ich.

Zuerst verlief alles noch wunschgemäß. Am Wiener Westbahnhof war ich innerhalb von Minuten im Waggon, da der Hublift bereit stand. Es folgten zwei Stunden, die, wie oben beschrieben, wirklich angenehm waren. Anstrengend wurde es erst in Linz. Die Bahnangestellten waren zwar vorinformiert, hielten es aber nicht für notwendig, den Hublift zu holen, „da ma den Rollstuhl ausheben werden“.

Dabei gibt es eine klare Dienstanweisung, die besagt, daß Bahnkunden, die im Rollstuhl sitzen, nur mit dem Hebelift in und aus dem Zug gehoben werden dürfen.

Ich lasse mich auch nicht ohne Hub-

lift aus dem Zug „hieven“. Ich möchte ja noch länger leben! Da stand ich nun mit meinem Elektrorollstuhl, der über 130 kg wiegt, im Zug, und wartete, bis sich die Herren bequem hatten, den mobilen Hebelift zu holen.

Der Intercity hatte dadurch natürlich einige Minuten Verspätung.

Am Abend des gleichen Tages war meine Rückfahrt gebucht. Rechtzeitig, d.h. 30 Minuten vor der Abfahrt, waren wir, Andreas Oechsner hat mich zum Zug begleitet, wieder am Bahnhof. Sicher ist sicher. Jetzt mußten die Herren von der Bahn schon gewarnt sein. Falsch gedacht! Nach langen Diskussionen kam es wie es kommen mußte. Der Intercity nach Wien fuhr, ohne die Diskussionen am Bahnsteig abzuwarten, ab. Ohne mich! Nun sagten wir, daß wir von der Zeitschrift domino sind. Zur Untermauerung überreichten wir noch eine Visitenkarte. Von einer zur anderen Sekunde schlug das Gesprächsklima um. Wir wurden als Bahnkunden behandelt. Man entschuldigte sich, versprach, daß so etwas nie mehr vorkommt, und holte den Hebelift.

„Die Bahn fährt für alle“ heißt der Werbeslogan der ÖBB. Doch wie steht es mit dem vielgepriesenen Service der Bahn? Sind behinderte Menschen wirklich Kunden der ÖBB oder nur gesellschaftlich aufgezwungener Ballast? In unserem Schwerpunktthema sind wir dieser Frage nachgegangen. Dabei haben wir auch über die Grenzen geschaut, wie andere Eisenbahngesellschaften mit dieser Kundengruppe umgehen. Außerdem berichten wir, was Fleischpalatschinken mit Recht statt Gnade zu tun haben. Solche und andere Zutaten sollen eine interessante Mischung ergeben. Wir wünschen guten Appetit! ☐



Martin Ladstätter
für die Redaktion

Liebe
Leserinnen
und
Leser!

B r i e f e

An die Redaktion!
 Ich lese Ihre Zeitschrift gerne und aufmerksam und bin daher erstaunt, daß ich in der Ausgabe 2/94 auf Seite 18 ein Inserat der ESG mit folgendem Text lesen mußte: „Mein Neuer ist auf meiner Ebene. Die neuen Niederflurgelenkbusse der ESG durchkreuzen die City und machen das Einsteigen auch für ältere Semester, behinderte Personen und Mütter mit Kleinkindern wesentlich leichter.“ Genau genommen bin

ich nicht erstaunt dies zu lesen, sondern verärgert. Als Rollstuhlfahrer fühle ich mich gefrotzelt! Sie haben doch in einer der letzten Ausgaben sehr ausführlich über behindertengerechte Niederflurbusse geschrieben. Wie können Sie jetzt von der ESG diese Anzeige nehmen, wo dieser Bus nicht behindertengerecht ist und auch gar nicht auf „meiner Ebene“?
 Entweder kennen Sie die Linzer Busse nicht, oder DOMI-

NO läßt sich durch ein Inserat kaufen? Wetten, Sie drucken meinen Brief nicht ab!

R. Mader, Linz

...Nun zu Eurer Zeitschrift: ich habe mir die beiden Exemplare ausgeborgt und habe sie mit großem Interesse gelesen. Ich gratuliere Euch dazu! Den Abschnitt „Bestell-Abo“ habe ich bereits ausgefüllt.

Christa Polster, Wien

Wette verloren! Natürlich drucken wir Ihren Leserbrief ab, Herr R. Mader. Wir nehmen an, daß Sie männlicher Natur sind, da Sie sich als Rollstuhlfahrer bezeichnen. Nun zur Sache. Selbstverständlich kennen wir die neuen Busse der Linzer Verkehrsbetriebe (ESG). Wir haben im Heft 1/94 ausführlich darüber berichtet. In diesem Artikel haben wir die Linzer Verkehrsbetriebe für die großzügige Innengestaltung der Busse gelobt, gleichzeitig aber die fehlende Einstiegshilfe erwähnt. Wir wissen, daß viele Menschen im Rollstuhl diese Busse wegen der fehlenden Einstiegshilfe nicht benutzen können. Darauf weisen wir auch immer hin. Auch in diesem Heft beschäftigen wir uns wieder mit fahrzeuggebundenen Einstiegshilfen. Mit den Linzer

Verkehrsbetrieben stehen wir in einem konstruktiven Dialog. Die ESG unterstützt unser Projekt, indem sie bei uns inseriert. Da Anzeigen in der ausschließlichen Verantwortung der Auftraggeber erscheinen, werden wir auch in Zukunft Inserate hineinnehmen, mit deren Inhalt die Redaktion nicht übereinstimmt oder deren Richtigkeit von uns nicht überprüft wurde. Von diesem Grundsatz ausgenommen sind natürlich Anzeigen, die rassistisch sind oder das Lebensrecht von behinderten Menschen in jeglicher Form in Frage stellen.

Trotzdem sind wir nicht käuflich, da wir auch weiter im redaktionellen Teil sachlich, informativ und kritisch, unabhängig von jedem Inseratenaufgeber, berichten.

Fehlerberichtigung

In der letzten Ausgabe hat leider der Druckteufel sein Unheil getrieben. So handelt sich es bei Franz Hoseph Huainigg um keinen neuen Mitarbeiter, sondern das H hat dem J den Platz streitig gemacht.

In den Beitrag „Warnung vor einem Jahrhundert-Gesetz“ von Erwin Riess haben sich einige sinnstörende Fehler eingeschlichen. Wir ersuchen um Nachsicht und geloben Besserung.

Übrigens: wir suchen noch weitere MitarbeiterInnen. Auch LeserInnenbriefen sind wir nicht abgeneigt. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, unsere Arbeit zu würdigen:

Abonnieren Sie domino! Falls Sie schon Abonnent sind, danken wir Ihnen herzlich! 

i n t e r n



Neuer Grazer Hauptbahnhof - Foto: ÖBB

Eisenbahn Reiseraum(a)

von Martin Ladstätter und Andreas Oechsner

Uschi kann keine italienischen Schube mehr seben. „Sie haben einen starken Ledergeruch“, sagt sie. Ebenso steht sie nicht mehr so auf Geflügel. Trotzdem ist Uschi sehr modebewußt, und früher aß sie auch gerne Hühnchen. Bis zu der Reise von Bolonga nach Berlin. Und zwar mit der Eisenbahn. Mit ihren Mitreisenden konnte sie sich nicht unterhalten. 5.000 italienische Schube können nur Gerüche abgeben. Anders

verbielt es sich da mit den 2.000 Hühnern. Sie gaben zwar Geräusche ab, dennoch war eine Kommunikation mit diesen auch nicht möglich. Uschi sitzt im Elektrorollstuhl und absolvierte diese Reise im Gepäckwagen.

Solche und andere Geschichten haben wir während unseren Recherchen über Reiseerlebnisse mit der Eisenbahn immer wieder gehört. Eine solche Geschichte möchten wir noch erwähnen,

da diese sehr skurril ist. Ungefähr vor einem Jahr fährt Corinna in den Abendstunden von München nach Innsbruck. Corinna benutzt ebenfalls einen Elektrorollstuhl. Der einzige Zug, der um diese Uhrzeit fährt, hat weder ein Abteil für Menschen im Rollstuhl, noch einen Gepäckwagen. Nur einen Postwagen mit einem Postler, der sich weigert, Corinna mitzunehmen. Nach langem Diskutieren gelingt es Corinna, in den Postwagen gehoben zu werden.

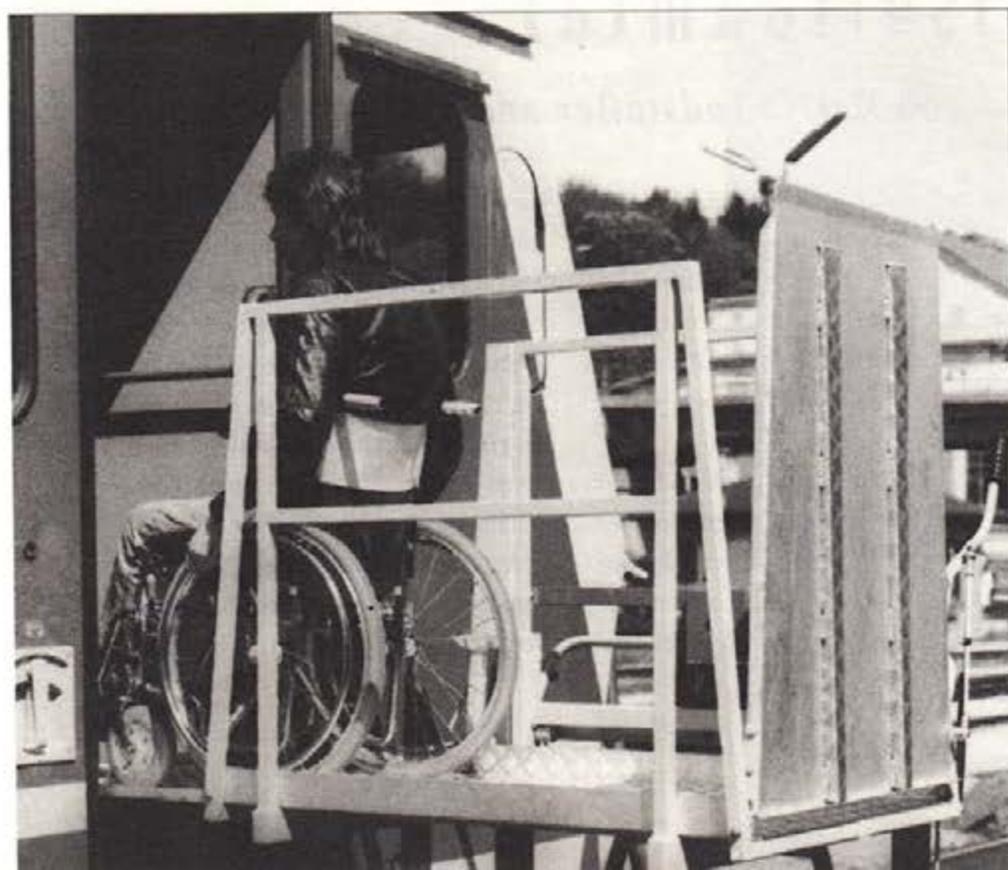
Die Reise geht los. Corinna alleine mit dem Postler im Waggon. Plötzlich beginnt der Postler sich auszuziehen. Zuerst das Hemd, dann die Hose. Mit allem hat Corinna gerechnet. Nachdem sie sehr viel mit der Eisenbahn unterwegs ist, kann sie nichts mehr erschüttern. Und jetzt das. Der Postler hängt sein Hemd sorgfältig auf den Haken, faltet seine Hosen und zieht seine Arbeitshose wieder an. Ein ganz normaler Vorgang für den Postler. „Ich glaube, der Postler hat gar nicht gemerkt und begriffen, wie ich mich gefühlt habe“, läßt Corinna die Situation Revue passieren.

Behinderte Menschen erleben immer wieder die Reise mit der Eisenbahn als Abenteuer, das sie nicht gebucht haben. Diese subjektiven Erfahrungen, die leider keine Ausnahmen sind, sind kein Wunder. Eine nüchterne Bestandsaufnahme, wie behindertengerecht die ÖBB ist, macht deutlich, daß positive Erlebnisse für Reisende mit Handicap aus Strukturgründen Seltenheitswert haben. Wir sind zu Gast beim Behindertenbeauftragten der ÖBB, Johann

Falkensteiner, in der Generaldirektion in Wien. Falkensteiner, der für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Design zuständig ist, hat 1987 die Agenden für Behindertenangelegenheiten zusätzlich übernommen. Damals hat eine Behindertenzeitschrift mit dem damaligen Generaldirektor Dr. Heinrich Übleis ein Interview gemacht. „Auf die Frage, was die ÖBB für behinderte Menschen macht, hat der Generaldirektor kurz entschlossen gesagt, er wird im Bereich der Eisenbahn eine Person namhaft machen, die als Ansprechpartner für Behindertenbelange wirken soll“, erklärt der Behindertenbeauftragte seine Bestellung. Welche Erfolge, aber auch Mißerfolge gab es während seiner 7jährigen Tätigkeit, wollen wir wissen. „Ich bin stolz, daß wir die Broschüre ‚Behindertenführer - Die Bahn fährt für alle‘ schon in der 3. Auflage verteilen können“, so Falkensteiner, „diese Broschüre wird sehr stark nachgefragt.“ Mißerfolge kennt der Beauftragte für behinderte Menschen nicht. „Natürlich geht im Dienst der Behinderten manches nicht so

schnell, wie ich mir das wünschen würde“, gibt der ÖBBler aber zu. „Ich würde mir wünschen, daß wir in jedem Zug Rollstuhlstellplätze anbieten könnten, damit Behinderte jederzeit jeden Zug benutzen könnten“, so Falkensteiner. Ein wirklich frommer Wunsch. Doch die Realität sieht anders aus. Täglich verkehren auf den Gleisen der ÖBB 3.675 Reisezüge. Explizit als „rollstuhlgerecht“ sind jedoch nur 79 Reisezüge ausgestattet. Diese Züge verfügen auch über eine behindertengerechte Toilette. Natürlich können auch die anderen Züge benutzt werden, wenn, ja wenn ein Gepäckwagen oder ein Fahrradabteil mitgeführt wird. Doch dafür kann die ÖBB nicht garantieren. So kann nicht davon ausgegangen werden, daß derselbe Zug immer mit denselben Triebwagen, der „rollstuhlgerecht“ ist, geführt wird. Eine Toilette ist in jedem Fall nicht vorhanden. Für den Menschen im Rollstuhl bleibt damit Bahnfahren weiterhin ein Lotteriespiel.

Unter rollstuhlgerecht versteht die ÖBB lediglich, daß die Türbreite stimmt und daß im Inneren des Waggons ein Stellplatz für den Rollstuhl vorhanden ist. Ungeklärt bleibt der Ein- und Ausstieg. Die Bundesbahn hat zwar auf 102 Bahnhöfen auf den Bahnsteigen Hebelifte im Einsatz. Doch in Österreich gibt es 1547 Bahnhöfe, davon sind allerdings nur 781 mit Personal besetzt. Theoretisch könnte die Bundesbahn auf diesen 781 Bahnhöfen Hebelifte stationieren. Aber nur theoretisch! „Teilweise sind es Erdbahnsteige, teilweise ist zu wenig Abstand zwischen den Gleisen, und es gibt keine Wendemöglichkeit auf dem Bahnsteig für den Hebelift“, erläutert uns Falkensteiner. „Im speziellen darf



Mobiler Hebelift am Bahnsteig -
„Ein Mensch wird verladen“
Foto: ÖBB

Schwerpunkt

ich darauf hinweisen“, fügt er hinzu, „daß wir eine Erhebung gemacht haben und die Bahnhofsvorsteher befragten, ob es bei ihnen möglich sei, Hebelifte einzusetzen und ein Bedarf dafür gegeben ist. Die Antworten haben dazu geführt, daß wir eben derzeit 102 oder 103 Bahnhöfe mit Hebeliften ausgestattet haben.“ In der letzten Broschüre „Behindertenführer“ war noch von 150 Bahnhöfen die Rede, die



Johann Falkensteiner, ÖBB; Foto: Oechsner

bis Ende 1992 mit Hebeliften ausgestattet werden sollten. Auf diesen Widerspruch angesprochen, reagiert der ÖBB-Mann so: „Bei dieser genannten Erhebung unter den 780 personalbesetzten Bahnhöfen hat sich ein konkreter Bedarf von 150 Bahnhöfen herauskristallisiert, die mit bahnsteiggebundenen Einstiegshilfen ausgerüstet werden sollten.“ Falkensteiner ist sich sicher, daß diese Bahnhöfe in Zukunft rollstuhlgerecht ausgestattet werden. „Ich glaube, daß dieses wahrscheinlich die Obergrenze sein wird, nicht weil die ÖBB die restlichen nicht ausstatten will, sondern weil der

Kommentar

von **Andreas Oechsner**

Zunächst Eigenkritik. Wenn wir von Mobilitätseinschränkungen behinderter Menschen berichten, dann meistens nur von Menschen im Rollstuhl. Das ist falsch. Aber warum ist das so? Haben Menschen im Rollstuhl die größten Probleme bei Bus, Straßenbahn oder Eisenbahn? Oder haben diese Menschen den „Vorteil“, daß ihre Mobilitätsprobleme offensichtlich sind und wir die Probleme der Menschen mit Sinnesbehinderungen nicht erkennen oder erkennen wollen? Ich glaube, letzteres ist der Fall. Nach dem Motto: „Nicht über den Tellerrand schauen.“ Sind zum Beispiel gehörbehinderte Menschen nicht mindestens genauso durch technische Barrieren gesellschaftlich isoliert wie Menschen im Rollstuhl? Gleichstellung behinderter Menschen predigen und in einem Nebensatz auf die Bedürfnisse blinder Menschen eingehen, genügt nicht. Wir müssen den Dialog suchen, uns gegenseitig über Probleme und Empfindungen von Diskriminierungen mitteilen. Wir wollen in den nächsten Ausgaben von domino dahingehend einen Schritt setzen.

Der Bedarf ist nachzuweisen

Immer wieder wird uns vorgehalten, daß der konkrete Bedarf für unsere Forderungen nicht vorhanden ist. Trotz 102 Bahnhöfen, die mit Hebeliften ausgestattet sind, fahren wenig Menschen im Rollstuhl mit der Eisenbahn. Akribisch werden Statistiken angefertigt und uns bei passen-

der Gelegenheit unter die Nase gerieben. Mit dem Satz: In Wirklichkeit benutzt diese Anlage, diesen Hublift, diesen Aufzug fast kein behinderter Mensch. Wenn wir das unter der Kostennutzungsrechnung sehen würden, dann... und schnell wird noch hinzugefügt, da wir sozial eingestellt sind, denken wir nicht so, aber die anderen, die armen Steuerzahler, gegenüber denen wir uns verantworten müssen. Spätestens an dieser Stelle wird auch noch Dankbarkeit erwartet, daß wir solche Verbündete haben. Pure Verlogenheit und Menschenverachtung spüre ich in diesen Situationen. Wir müssen ständig unseren Bedarf nachweisen, auch unseren Lebensbedarf. Wir müssen ständig für Gleichstellung und Gleichbehandlung kämpfen, gleichzeitig unseren Bedarf rechtfertigen. Alleine die Bedarfserhebung der ÖBB spricht für sich. Als Rollstuhlfahrer bewege ich mich nur da, wo ich derzeit leben kann und darf. In Pensionistenheimen, Behindertenheimen und Rehabilitationszentren. Nur da ist ein Bedarf an Hebeliften vorzusehen. Da wird der eine Skandal mit dem anderen Skandal verteidigt. Es reicht! Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz, damit wir nicht immer wieder gezwungen werden, unseren Bedarf nachzuweisen und von unseren Gönnern abhängig sind. Diese Gönnern, die so gerne auf die Steuerzahler verweisen, wenn es um unsere Belange geht, denen sind doch die Steuerzahler in Wirklichkeit völlig egal. Ihr Menschenbild darf nicht zerstört werden. Und das ist menschenverachtend! ■

Hebelift nur dort eingesetzt werden soll, wo er auch benötigt wird." Bleibt jetzt nur noch die Frage, wie der Bedarf konkret ermittelt wurde. Auch da hat unser Gesprächspartner eine Antwort parat: „Wir sind vor allem von Bahnhöfen ausgegangen, wo Intercity- und Eurocityzüge halten. Hier waren für uns vor allem Ballungszentren, sprich Orte mit Kurheimen, Erholungsheimen, Pensionistenheimen, wichtig und wo es eben möglich ist, daß verschiedenste Menschen mit Behinderungen leben. Konkret lautete die Frage, ob die Bahnhofsvorsteher im Jahresdurchschnitt mehrere ankommende und abfahrende Rollstuhlfahrer gehabt hätten. Da waren viele Bahnhofsvorsteher dabei, die behaupteten, sie hätten noch keinen Rollstuhlreisenden gesehen.“

Wir fragen weiter, ob die Bundesbahnen darüber nachdenken, ob in Zukunft doch fahrzeuggebundene Einstiegshilfen entwickelt und eingesetzt werden, da aus genannten Gründen bahnsteiggebundene Einstiegshilfen nur sehr begrenzt einsetzbar sind. Falkensteiner verneint. „In den nächsten Jahren wird es dieses sicherlich nicht bei den ÖBB geben, außer es bezahlt sie jemand.“ Er gibt zu, daß dieses kein technisches Problem ist. Falkensteiner verweist auf die skandinavischen Länder, die solche Fahrzeuge einsetzen. „Jedoch“, so der Beauftragte, „sind keine neuen Fahrzeuge dort angeschafft worden.“ Ihm sei bekannt, daß die Deutsche Bahn AG über fahrzeuggebundene Einstiegshilfen bei den neuen IC-Zügen nachdenke. In der Tat ist in der offiziellen Broschüre „Informationen für behinderte Reisende“ der Deutschen Bahn AG nachzulesen: „Von den deutschen Behindertenver-

bänden wird allerdings eine fahrzeuggebundene Lösung favorisiert. Bei der Bahn laufen deshalb Untersuchungen zur Lösung des Problems.“ Hintergrund dieser Kursänderung der Bahn AG, diese lehnten bis vor kurzem fahrzeuggebundene Hublifte strikt ab, ist zum einen der Druck der Behinderteninitiativen, die in Deutschland für ein umfassendes Gleichstellungsgesetz kämpfen. Der zweite Grund für das Umdenken ist ein rein wirtschaftlicher. Da es in den USA schon ein Gleichstellungsgesetz gibt, dürfen dort nur Waggons gekauft und eingesetzt werden, die wirklich rollstuhlgängig sind, sprich mit fahrzeuggebundener Einstiegshilfe. Da die deutsche Industrie sehr stark daran interessiert ist und mit ihnen auch die Deutsche Bahn AG, den neuen ICE-Zug in die USA zu exportieren, müssen diese Züge mit Einstiegshilfen angeboten werden. Auch in den Niederlanden sind bereits konkrete Schritte in diese Richtung sichtbar. Neun neue Doppeldeckerzüge, „Railhopper“, ausgerüstet mit einem Hublift, sind in diesem Jahr in Betrieb gegangen. Weitere Züge, wo ein nachträglicher reibungsloser Einbau von Hubliften

möglich ist, gehen noch in diesem Jahr auf Hollands Schienennetz. In einem Schreiben betont Ing. Martinus Slob, Leiter der Marketing-, Verkaufs- und Service-Abteilung der niederländischen Eisenbahnen A. G.: „Der Lift muß als vollständige Einheit im Zug eingebaut werden können. Nur so gibt es wenig Schnittstellen, und bei größeren Defekten kann der ganze Lift ausgewechselt werden.“ Dieses Liftpaar jeweils links und rechts im Zug kostet umgerechnet 350.000 Schilling.

Zurück nach Österreich. Natürlich sind auch hier gute Ansätze zu erkennen, wenn auch nicht in Sachen Einstiegshilfen. So wurden beim Umbau des Grazer Bahnhofes behinderte Men-

Bahn frei für behinderte Fahrgäste.



Die Bahn fährt für alle.

Die Anliegen und Bedürfnisse alter und behinderter Menschen sind den ÖBB ein besonderes Anliegen. Sie bieten daher:

- kostenlose bahnfahrtseisenbahngerechte Rollstühle
- 33 rollstuhlgängige Reisezugwagen auf den Strecken der ÖBB
- Rollstuhl-Hebelift bei 100 österreichischen Bahnhöfen
- reservierte Sitzplätze für Körperbehinderte

Detaillierte Informationen über die Angebote und Serviceleistungen der ÖBB finden Sie in der Broschüre „Behindertenführer. Die Bahn fährt für alle“, bei allen Bahnhöfen und Reisebüros mit Fahrkartenverkauf, allen Bahn-Totalservice-Stationen und bei der Zentralen Zugauskunft unter der Tel. 1717.

ÖBB
Umdenken. Einstiegen.

Schwerpunkt

schen in die Planung mit einbezogen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die ganze Bahnstation ist mit dem Rollstuhl befahrbar. Außerdem sind bei den Planungen nicht nur Menschen im Rollstuhl berücksichtigt worden, sondern auch den Bedürfnissen von blinden Menschen haben die ÖBB und ihre Planer Rechnung getragen. Eine ertastbare Bodenmarkierung als Leitsystem ist im neuen Bahnhofskom-

plex integriert. Aber hörbehinderte Menschen sind bei diesem Projekt nicht berücksichtigt worden. „Doch beim Umbau des Bahnhofes Villach“, so Falkensteiner, „wird ein Schalter mit Induktionsschleife eingerichtet. Dieser Serviceschalter wird durch ertastbare Bodenmarkierung auch für blinde Menschen auffindbar sein.“ Gleichzeitig soll dieser Schalter in Villach auch unterfahrbar sein. Dieses fehlt in Graz.

Am Schluß unseres Gespräches fragen wir unseren Gesprächspartner, welche Ziele er in den nächsten Jahren habe? Falkensteiner: „Mein Wunsch und Ziel ist es, das derzeitige Angebot zu halten und es nach Möglichkeit zu verbessern. Ich glaube, daß die ÖBB ein passables Angebot für die Behinderten hat. Teilweise bedanken sich auch Behinderte für das Angebot der ÖBB.“



**„Ich glaube, daß die
ÖBB ein passables
Angebot für
Behinderte hat.“**

**Johann Falkensteiner,
ÖBB**

Elektrofahrrad für behinderte Menschen

Die Firma E.M.S. - European Medical System Ges.m.b.H. - 1010 Wien, ein junges dynamisches Unternehmen der Medizintechnik, vertreibt seit kurzem ein universell in Innenräumen und auf allen öffentlichen Verkehrsflächen verwendbares Elektrofahrrad für behinderte Menschen.

Das Fahrzeug besticht durch seine einfache Bedienung, Wartungsfreiheit sowie große Reichweite. (Mehr als 50 km bei voller Batterieladung).

Der in 3 Ebenen verstellbare und drehbare Komfortsitz ermöglicht die Anpassung an jeden Benutzer.

Serienmäßiges Zubehör wie Einkaufskorb, Stock- bzw. Krückenhalter, Batterien und Ladegerät sind im günstigen Anschaffungspreis enthalten.

Der Geschäftsführer der Firma E.M.S., Hannes Zorn, beabsichtigt als Generalimporteur dieses Elektrofahrrades (SL - 2000), nur direkt an behinderte Menschen zu verkaufen, dies ermöglicht den sensationell günstigen Verkaufspreis von S 45.000,00 + Mwst. incl. allem oben angeführten Zubehör.

In vielen Fällen wird dieses Fahrzeug die meist mehr als doppelt so teuren elektrischen Rollstühle ersetzen und vielen behinderten Menschen mehr Lebensqualität ermöglichen.

Das Fahrzeug ist ab Herbst 1994 bei der Zentralen Hilfsmittelberatungsstelle in der Geigergasse 5 - 9, 1050 Wien, ausgestellt.

Diese Stelle steht allen behinderten Menschen sowie deren Angehörigen in allen Finanzierungsfragen (finanzielle Unterstützung durch diverse Kostenträger) kostenlos zur Verfügung. Außerdem können Sie dort nicht nur dieses Elektrofahrrad besichtigen und probefahren, sondern sich über alle am Markt befindlichen Hilfsmittel für behinderte Menschen informieren.

Wenn Sie sich für dieses Elektrofahrrad interessieren, rufen Sie bei der Zentralen Hilfsmittelberatungsstelle, Tel.: (0222) 544 46 64 / 111 DW Frau Michaela Claire oder 305 DW Herr Stefan Seebacher, an, diese werden Sie über alle Möglichkeiten der Kostenübernahme diverser Kostenträger informieren und Sie bei der Beantragung unterstützen.

Rolli hopp!

statt Drogen top!

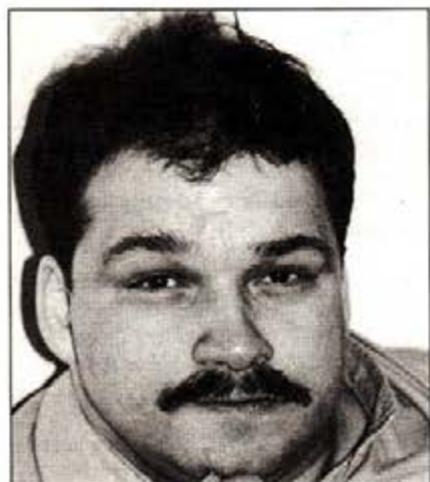
Im Oktober wird gewählt. Viel steht auf dem Spiel. Wer wird in den nächsten vier Jahren die Politik gestalten? Aber die wichtigste Frage ist doch, wen soll man wählen? Übrigens gilt das Wahlrecht auch für Frauen. Wahlprogramme der Parteien sind, wie der Name schon sagt, Programme zur Wahl, die in der Regel nach der Wahl ihre Gültigkeit verlieren. Oder wer sagt uns, wie der Sozialumbau nach der Wahl vonstatten geht? Wir wissen es nicht und unterlassen es auch, in diesem Bereich zu spekulieren. Dennoch wollen wir an der Problemstellung Treppen und Stufen für Menschen im Rollstuhl Gedankengänge politisch relevanter Personen aufzeigen. Zugegeben, eine fast unüberwindbare Problemstellung. Trotzdem gibt es immer wieder Strategieveruche, dieses Dilemma in den Griff zu bekommen.

Bundesministerin Maria Rauch-Kallat lud zur Pressekonferenz in den Presseclub „Concordia“. Auch Menschen im Rollstuhl waren herzlich eingeladen. Aber dieser Ort hat Stufen, und das nicht wenig. Nachdem der Malteser-Hilfsdienst den Treppentransport erfolgreich durchführte, sind Überlegungen im Gange, überall wo Treppen in Wien vorhanden sind, jeweils zwei Helfer bzw. Helferinnen von caritativen Organisationen während des Tageslichtes auf Posten zu stellen. Sollte sich das Modell durchsetzen, planen die Wiener Verkehrsbetriebe, einen solchen Service

an jeder Bushaltestelle anzubieten. Damit sei das Problem der Einstiegshilfe auch sehr menschlich gelöst. Zur Zeit werten die Verkehrsbetriebe Wien Ergebnisse einer Befragung behinderter Menschen aus. Erste Ergebnisse bringen schwarz auf weiß, daß Menschen im Rollstuhl Probleme bei der Bewältigung von Stufen haben. Über 60 Prozent der Befragten wünschen sich sogar einen Rollstuhl, der Stufen gehen kann. Eine andere Studie aus dem Ausland soll ergeben haben, daß fast hundert Prozent der rollenden Menschen gerne laufen würden, um dem Problem Stufen Abhilfe zu schaffen. Zurück zum mobilen Treppendiensttransportprogramm.

Auch das Ministerium zeigt sich sehr interessiert. Dieses wäre durchaus ein Vorhaben, das arbeitsmarktpolitische Akzente setzen würde, so sickerten streng vertrauliche Überlegungen durch. Immerhin habe man bei der Bundesbahn sehr gute Erfahrungen gemacht. Wenn ein Kunde mit Rollstuhl auf Reisen geht, stehen bis zu vier Mann und manchmal sogar zwei Hebelifte zur Verfügung. Manchmal allerdings, so hört man, fehlen die Männer und auch der Hebelift. „Kleine Pannen kommen halt überall vor“, so ein Pressesprecher, das Prinzip aber sei gut und sichert Arbeitsplätze, und das sei angesichts der angespannten Wirtschaftslage sehr zu begrüßen. Doch schon jetzt zeichnet

sich ein ideologischer Streit zwischen den noch großen Parteien ab. Im Gegensatz zur roten Volkspartei, die in der letzten Ausbauphase dieses Projektes in ganz Österreich und sogar im Gebirge damit Arbeitsplätze im Treppentransportwesen schaffen will, möchte die schwarze Volkspartei daraus eine Jugendkampagne starten: „Treppenhilfe statt Drogen“. Schon machten sich Architekten Sorgen, ob es genug Treppen und Stufen gäbe, um eine solche Kampagne flächendeckend durchzuziehen. Sie würden freiwillig auf jede weitere Rampe und auf jeden niveaulosen Übergang verzichten. Wenn es nur der Jugend zugute kommt. Übrigens sollen Werbefachleute an dieser Kampagne schon gefeilt haben. „Rolli hopp statt Drogen top“, so ein Vorschlag für den griffigen Werbeslogan. Einen Beratungsvertrag durch die Tochter der Kanzlergattin wurde von der schwarzen Volkspartei aus optischen Gründen abgelehnt. Wenn sich hier Phantasie und Realität in beängstigender Weise vermischen, so ist das nicht unsere Absicht, sondern ein Stück Realsatire. Warten wir nicht mehr auf die Lösungsvorschläge anderer. Unterstützen Sie unsere gemeinsame Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz. Wenn Sie schon unterschrieben haben, sammeln Sie weitere UnterstützerInnen. Werden wir politisch, setzen wir unsere Rechte durch.



von Andreas Oechsner

Bus und Bahn für alle! Resolution für ein Gleichstellungsgesetz

Menschen mit Behinderungen sind täglich in vielen Lebensbereichen erheblicher Diskriminierung ausgesetzt. Sie werden nicht gleich geachtet, in ihren Entfaltungsmöglichkeiten behindert, in ihren Entscheidungen bevormundet, durch vielfältige Formen alltäglicher Gewalt (durch Institutionen, aber auch durch einzelne Personen) diskriminiert. Es gibt bisher kein rechtliches Instrumentarium, mit dem sich behinderte Menschen zur Wehr setzen können.

Deshalb verlangen wir ein Gleichstellungs- oder Antidiskriminierungsgesetz bzw. die verfassungsrechtliche Gleichstellung behinderter Menschen in allen Lebenslagen. Wenn es um Menschenrechte und Gleichberechtigung geht, müssen behinderte Menschen ihre Rechte gerichtlich einfordern und durchsetzen können. Die amerikanische Behindertenbewegung hat 1990 ein solches Gesetz bereits erkämpft. Seither gibt es von Behinderten in ganz Europa immer wieder Aktionen und Versuche, entsprechende gesetzliche Regelungen zu erreichen.

Was „Bus und Bahn für alle“ betrifft, so ist damit der gesamte öffentlich finanzierte Personennah- und Personenfernverkehr wie z.B. städtische Busse, Bundes- und Postbusse, Schülertransporte, Linien im Schülerverkehr, Straßenbahnen, U-Bahn, S-Bahn, Bundesbahn usw. gemeint. Es geht darum, die öffentlichen Verkehrsmittel barrierefrei für alle Menschen zugänglich zu machen und z.B. mit Hubplattformen (bzw. Hubliften) auszustatten. Als Vorbild kann auf die amerikanischen Gesetze zur Antidiskriminierung verwiesen werden, die bewirkt haben, daß in den gesamten USA die Busse mit Hubplattformen ausgerüstet sind. Auch in Deutschland sind inzwischen schon viele hunderte Niederflerbusse mit entsprechenden Einstiegshilfen im Einsatz.

Beispiele für Diskriminierung:

- Wenn Gesetze und Verordnungen gelten, die Stufen bei Fußgängerübergängen, vor Geschäften und öffentlichen Gebäuden (Schule, Post usw.) zulassen, so ist dies diskriminierend;
- wenn nicht genügend barrierefreie und behindertengerechte Wohnungen gebaut und an Behinderte vergeben werden und damit ein Zwang zu Heimeinweisungen erzeugt wird, so ist dies diskriminierend;
- wenn Menschen aus Mangel an Pflegegeld und ambulanten Diensten nicht wählen können, ob sie zu Hause oder im Haus Assistenzdienste und pflegerische Hilfen bekommen, so ist dies diskriminierend;
- wenn Kinder für bildungsunfähig erklärt werden, so ist dies diskriminierend;
- wenn behinderte Kinder in Kindergarten und Schule nicht integriert werden, weil sich die Kindergärten und Schulen nicht entsprechend organisieren, so ist dies diskriminierend;
- wenn sich Ämter, öffentliche und private Betriebe von der Pflicht, behinderte Menschen anzustellen, freikaufen können und behinderte Menschen schlechter bezahlt werden als nichtbehinderte, so ist dies diskriminierend;
- wenn behinderte Menschen ohne ihre Zustimmung sterilisiert werden können, so ist dies diskriminierend.

Diese Resolution ist eine Initiative folgender Vereinigungen:

Behinderten-Informationszentrum BIZEPS, Wien. Evangelischer Diakonieverein, Salzburg. Initiative Minderheitenjahr 1994, Österreich. Integration Österreich - Elterninitiativen für gemeinsames Leben behinderter und nichtbehinderter Menschen. Interessengemeinschaft privater Behinderteneinrichtungen, Tirol. Lebenshilfe Salzburg. Mobiler Hilfsdienst, Dornbirn, Innsbruck, Salzburg. Österreichischer Blindenverband. Österreichisches Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen. Österreichische Gesellschaft für Muskelkranke. Österreichischer Zivilinvalidenverband. Sozialberatung für Menschen mit Behinderung, Tirol. Tiroler Sozialparlament. Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte, Dornbirn. Verein Arche, Tirol. Verein Domino, Linz. Verein i-Punkt, Hallein. Verein Integriertes Wohnen IWO, Innsbruck. Verein Miteinander, Linz. Verein zur Förderung körperbehinderter Menschen, Tirol. Verein zur Integration geistig behinderter Menschen IGB, Tirol. Österreichische Arbeitsgemeinschaft Rehabilitation ÖAR - Dachorganisation der österreichischen Behindertenverbände. Unterstützer sind noch viele weitere Vereine, die hier nicht einzeln erwähnt werden und die Mitglieder der genannten überregionalen Verbände sind.

Kontaktadressen, Anforderung von Unterschriftenlisten:

BURGENLAND: Janette Rotbard, Garteng. 14, 7131 Halbtorn. NIEDERÖSTERREICH: Maria Brandl, Dr. Danzingerstr. 18, 2523 Tattendorf. OBERÖSTERREICH: Verein Miteinander - Margarete Mader, Rechte Donaustraße 7, 4020 Linz. SALZBURG: Irmgard Fuchs, Behindertenbeauftragte der Universität, Akademiestr. 26, 5020 Salzburg. STEIERMARK: Josef Mikl, Dengg. 28, 8042 Graz. TIROL: Volker Schönwiese, Achselkopfweg 1, 6020 Innsbruck. VORARLBERG: Eberhard Zumtobel, Schützenstr. 6, 6850 Dornbirn. WIEN: BIZEPS - Martin Ladstätter, Juchgasse 27/4, 1030 Wien.

Rücksendungen der ausgefüllten Unterschriftenlisten bis spätestens 31.10.1994 an: Volker Schönwiese, Achselkopfweg 1, 6020 Innsbruck.

**„10. Österreichisches Symposium
für die Integration behinderter Menschen“
INTEGRATION: ALIBI ODER CHANCE**

veranstaltet vom
Dachverband der NÖ Elterninitiativen für die soziale, schulische Integration behinderter Kinder
vom 28. - 30. Oktober 1994
im Franz-Fürst-Freizeitzentrum Wr. Neudorf/Niederösterreich

Plenumsreferate von Oberrat Dr. Peter Malina

Univ.-Prof. Dr. Rupert Vierlinger

Jürg Jegge

Dr. Hans von Lüpke

je 40 Arbeitskreise mit Information und Weiterbildungsmöglichkeit

An beiden Tagen großes Kinderprogramm und Betreuung aller Kinder

Nähere Informationen: Organisationsbüro für das 10. Österr. Symposium

Tel. 02252/23353 tägl. 9 Uhr - 11.30 Uhr



**Symposium:
LEBENSQUALITÄT TROTZ/DURCH QUALITÄTSSICHERUNG**

am 12./13. Oktober 1994
in Wien am Institut für Sozialpädagogik

Veranstalter: ARGE Behindertenarbeit am Institut für Sozialpädagogik 1210 Wien, Freyungasse 32,
Tel. 0222/271 71 66.

Wenn heute von Lebensqualität gesprochen wird, ist eine intakte Umwelt gemeint, ein befriedigender Beruf, ein ausreichendes Einkommen, befriedigende soziale Kontakte sowie menschliche Zuneigung.

Für Menschen mit Behinderung, die auf Hilfestellung angewiesen sind, wird diese Sicht der „Lebensqualität“ noch durch die Qualität und das Ausmaß der angebotenen Hilfestellungen erweitert.

Unter diesem Blickwinkel werden auf dem Symposium Betroffene ihre Sichtweisen und ihre individuellen Lebenssituationen einbringen. Organisationen stellen ihre Dienste wie „Persönliche Assistenz“, „Lebensbegleitung“, „Betreuung“ und „Förderung“ vor. PolitikerInnen werden ihre politischen Zielsetzungen formulieren.

Das genaue Programm kann beim Veranstalter angefordert werden.

(Tel. 0222/ 271 71 66)

Anmeldung bis 30. September 1994. Tagungsgebühr S 400,-, Tageskarte S 250,-.



Urlaub in Berlin

Berlin / Jetzt gibt es die Möglichkeit, eine rollstuhlgerechte Wohnung für sechs Personen zu mieten. Die Wohnung hat eine unterfahrbare Dusche, ein Schlafzimmer mit einem unterfahrbaren Bett (für einen Lifter), ein weiteres Zimmer mit zwei Einzelbetten und eine Couch, auf der zwei Personen bequem schlafen können. Ferner verfügt die Wohnung über eine Terrasse, eine Küche mit allen Küchengeräten und einer Spülmaschine. Auch auf den Fernseher braucht man/frau in den Ferien nicht zu verzichten. Zur Ver-

fügung steht die Wohnung eigentlich den Gästen der Mieter einer großen Wohnungsgenossenschaft. Es ist daher ratsam, sich rechtzeitig anzumelden. In der Nähe der Wohnung fährt ein Bus, der mit Hilfe zu benutzen ist. Außerdem ist ein U-Bahnhof mit Aufzug in ca. 10 Minuten zu erreichen. Der Mietpreis beträgt pro Tag S 840,-, unabhängig davon, wieviel dort übernachten. Auskunft bei: Corinna Lichtenberg, Otto-Wels-Ring 16, D - 12351 Berlin, Tel./Fax: 0049 30 6030327.

Aus für Raser

Wien / Ein umstrittener Paragraph der Straßenverkehrsordnung fällt mit 1. Oktober 1994 weg, weist der ARBÖ hin. Die Ankündigung „Achtung Radarkontrolle“ ist nicht mehr verpflichtend. Für den Autofahrer ändert sich nach einer gemessenen Tempoüberschreitung aber nichts: Schon bislang hat der Einspruch,

eine Radarkontrolle sei nicht angekündigt gewesen, keine Chance auf Erfolg gehabt. Ob sich etwas für Autofahrerinnen ändert, ging nicht aus der ARBÖ Meldung hervor. Jedenfalls können jetzt die hässlichen Schilder in Vorarlberg „Radarkontrolle im ganzen Land“ verschwinden.

Ausgleichs-taxe sei Steuer

Kärnten / In Kärnten erfüllen nur 150 Betriebe die Richtlinien des Behinderteneinstellungsgesetzes. Das sind nur 21 %. Günter Kathol vom Bundessozialamt Kärnten sieht die Ursache darin, daß Betriebe wegen Vorurteilen und Unwissenheit behinderte Menschen meist nicht einstellen. Kathol fordert eine Erhöhung der Ausgleichs-taxe, die derzeit S 1870,- monatlich beträgt, und pro nichteingestellten behinderten Arbeitnehmer bezahlt werden muß. Derzeit zahlen die Unternehmer in Kärnten 20 Millionen Schilling in den Ausgleichstaxfonds. Auf der anderen Seite haben von 4.200 arbeitsfähigen Menschen mit Behinderung nur 3.000 eine Arbeit. Daraus ergibt sich eine Arbeitslosigkeit von 29 %. Kärntens Wirtschaft will sich zur Einstellung von behinderten Menschen nicht zwingen lassen. Dr. Heinz Warasdin von der Wirtschaftskammer Kärnten spricht sich gegen eine Erhöhung der Ausgleichs-taxe aus, da sie für ihn eine Steuer darstellt.

Steuerliche Behandlung vom Landespflegegeld

Wien / Landespflegegeld fällt ebenso wie Bundespflegegeld nicht unter die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gemäß § 25 EStG 1988, sondern ist eine nicht steuerbare Transferleistung. Die auszahlende Stelle hat das Landespflegegeld auf dem Lohnzettel weder unter den Bruttobezügen gemäß § 25 EStG 1988

(Kennzahl 210), noch unter den steuerfreien Bezügen auszuweisen. Werden mit dem Landespflegegeld nichtselbständige Bezüge ausgezahlt (z.B. Pension), ist die Höhe des im Kalenderjahr ausgezahlten (Landes)Pflegegeldes auf dem Lohnzettel im Anhang in derselben Zeile wie das Bundespflegegeld auszuweisen. Wird

von einer Stelle nur (Landes)Pflegegeld ausgezahlt, ist die Ausstellung eines gesonderten Lohnzettels hierfür nicht erforderlich. Dieser Erlaß des Finanzministeriums ist im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung, erschienen am 7. Juni 1994, veröffentlicht.

Dolmetscherin für gehinderte Menschen

Linz / Gehörlosigkeit ist eine Behinderung, der kaum Beachtung geschenkt wird. Hörbehinderung ist für die Umwelt nicht sichtbar. Sozial-Landesrat Josef Ackerl (SPÖ OÖ.) finanziert in einem Pilotprojekt, zunächst befristet auf ein Jahr, aus Mitteln der Sozialhilfe eine Dolmetscherin. Diese ist beim Gehörlosenverband OÖ. im Aus-

maß von 20 Wochenstunden angestellt und soll helfen, „die gesellschaftlichen Barrieren etwas zu mindern, indem sie Unterstützung in wichtigen Angelegenheiten, zum Beispiel bei Behördengängen, leistet“, so die Pressesprecherin des Landesrates. In Oberösterreich gibt es über 1200 gehörlose Menschen.

Schreckensvision

Linz / Fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung hat Angst, im Alter auf Pflege anderer angewiesen zu sein. Dieses ergab eine Umfrage über die geheimen Ängste der Menschen, durchgeführt vom Institut für Markt- und Sozialanalysen Linz. Ein sicherlich erschreckendes Ergebnis. Bleibt zu hoffen, daß die politisch Verant-

wortlichen dieses Resultat ernstnehmen und auch den Gründen dieser Ängste nachgehen. Der Angst, im Alter pflegebedürftig zu sein, kann, im Gegensatz zur Angst, im Lift eines Hauses steckenzubleiben, durch konkrete Strukturmaßnahmen im sozialen Dienstleistungsbereich entgegengewirkt werden.

„Also, die Zweite links, dann rechts, ein Stück geradeaus und dann wieder rechts...oder so.“



Kontinent-übergreifend

Linz / Madagaskar. domino wird nicht nur in Österreich gelesen, sondern auch in Madagaskar. So erreichte uns eine Abonnementbestellung aus diesem entfernten Land. Dem allgemeinen LeserInnenwunsch entsprechend werden wir einen Auslandskorrespondenten in Madagaskar stationieren.



Wutschka®
im dienste der gesundheit

Orthopädietechnik ••• Bandagen ••• Rehabilitationshilfen ••• Krankenbedarf
Medizinische Geräte ••• Rollstühle ••• Geräteverleih
Beratung ••• Verkauf ••• Service

Zentrale
3100 St. Pölten
Kremser Landstraße 21
Tel. 02742/ 65 6 56

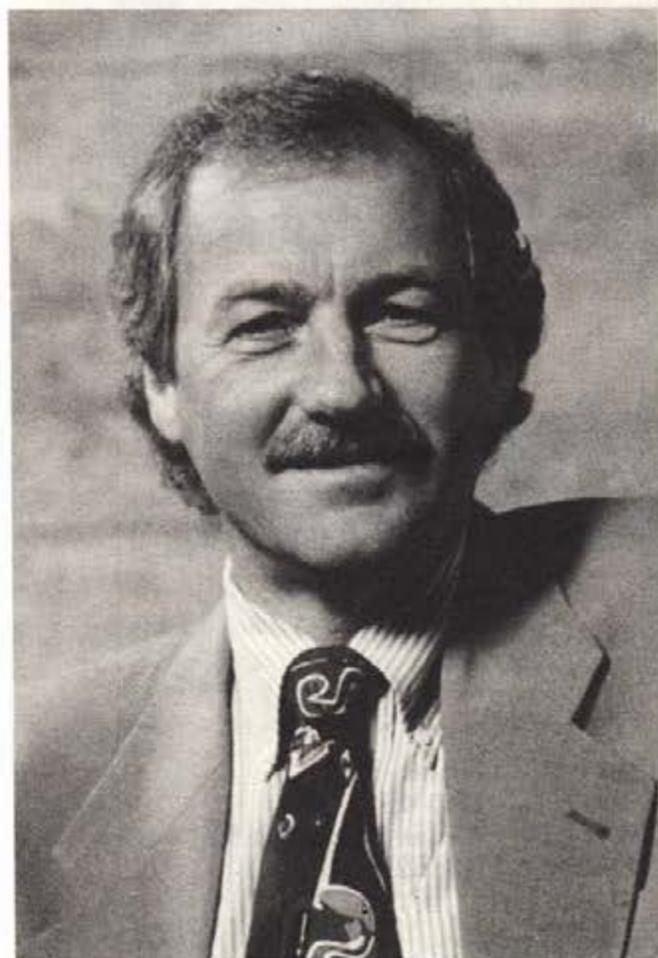
Filiale:
3100 St. Pölten
Prandtauerstraße 5
Tel. 02742/ 53 3 88

Filiale:
1040 Wien
Wiedner Hauptstraße 16
Tel. 0222/ 587 12 62

Guggenberger für ein Gleichstellungsgesetz -

aber gegen Staatssekretariat für Behinderte

von Martin Ladstätter



Behindertensprecher der SPÖ im Nationalrat
Mag. Walter Guggenberger
Foto: SPÖ

SP-Behindertensprecher Walter Guggenberger kündigte bei einer Pressekonferenz am 19. August dieses Jahres im Parlament an, daß seine Partei die Schaffung eines Gleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen als Punkt in die Koalitionsverhandlungen nach der Nationalratswahl aufnimmt.

„Man kann behinderten Menschen nicht zumuten, mit der Integration auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu warten“, begründete Guggenberger die Notwendigkeit des Gleichstellungsgesetzes. Mit diesem Gesetz müsse die Gleichstellung von Behinderten einklagbar sein, „da trotz des Jahrzehnts

der Behinderten die Integration bei weitem nicht erreicht wurde.“ Wichtig sei weiters, daß dieses Gesetz die Möglichkeit einer Verbandsklage vorsieht. Mit einem Seitenhieb auf den Koalitionspartner ÖVP zeigt sich Guggenberger verwundert über die jüngst erhobene Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz durch Familienministererin Maria Rauch-Kallat: „hat doch die ÖVP diese SPÖ-Forderung aus dem Behindertenkonzept der Bundesregierung herausreklamiert.“

Arbeitslosigkeit

„Das zu beobachtende Ansteigen der arbeitssuchenden Behinderten muß gestoppt werden“, skizzierte der SPÖ Politi-

Magazin

ker einen weiteren Schwerpunkt seiner Arbeit. „Während seit März dieses Jahres die allgemeine Arbeitslosigkeit gegenüber den Vorjahreszahlen kontinuierlich sinkt, ist bei behinderten Arbeitnehmern leider eine gegenteilige Entwicklung festzustellen. Derzeit sind bei den Dienststellen des Arbeitsmarktservices 26.873 Behinderte als Arbeitsuchende vorgemerkt, im Juli des Vorjahres waren es 23.042 und im Juli des Jahres 1991 21.611“, zeigte Guggenberger die Lage auf. 19.000 österreichische Betriebe müssten insgesamt 54.000 Behinderte beschäftigen. 25.000 Pflichtstellen sind aber unbesetzt. Die Betriebe bezahlen lieber die monatliche Ausgleichstaxe von S 1.830,— (insgesamt S 550 Mio.). Dieses Geld würde den Betrieben, die Behinderte einstellen, in Form von Lohnkostenzuschüssen zugute

kommen. Guggenberger forderte, trotz ablehnender Haltung des Koalitionspartners ÖVP, „eine deutliche Anhebung der Ausgleichstaxe auf 3000 Schilling.“

Weiters sprach er sich für mehr Aufklärung in bezug auf Kündigungsschutz von Behinderten aus. Dieser dürfe kein Vermittlungshindernis sein, sondern „ist meist nur Vorwand für die mangelnde Einstellungsbereitschaft der Betriebe.“

Keine Subventionen

Auf Nachfrage stellte der SPÖ-Behindertensprecher fest, daß auch eine Koppelung von Subventionen an die Erfüllung von z. B. der Einstellungspflicht vorstellbar wäre. Bei Wohnanlagen forderte er: „Ein öffentlicher Bauträger, der Wohnungen errichtet,

sollte nur dann Mittel aus der Wohnbauförderung bekommen, wenn er behindertengerecht baut, da nachträgliche Adaptierungen sehr kostspielig sind.“

Feigenblattaktion

Die Schaffung eines Behinderten-Staatssekretariats lehnt Guggenberger ab, da „dies eine Feigenblattaktion wäre“. Die gesetzlichen Grundlagen, von denen behinderte Menschen betroffen sind, seien über derart viele Ressorts verteilt, daß ein eigenes Staatssekretariat ein „zahnloses Amt wäre“. Statt dessen sollten die Behinderten weiter die einzelnen Ressorts unter Druck setzen und verstärkt die Realisierung des Bundesbehindertenkonzeptes verlangen. „Mit diesem Konzept hat sich ja die Regierung verpflichtet.“

Mini

Jedem sein ESG-Ticket.

Midi



Maxi

Jetzt macht es besonderen Spaß, mit der ESG durch Linz zu fahren. Vom City-Flitzer bis zum Stadt-Land-Pendler. Ob spontaner Gelegenheitsfahrer oder treuer Jahres-Gast. Die ESG hat für jeden Wunsch die richtige Fahrkarte.

Mega

ESG
Verkehr

SOZIALTELEFON



0660/6785

zum Ortstarif
aus ganz Österreich

71100/5493

innerhalb von Wien

von 8 bis 17 Uhr

DER BÜRGERSERVICE
DES SOZIALMINISTERIUMS



Der Präsident schmeckt ab. Fotos: Oechsner

Zwischen Meraner Fleischpalatschinken...

...und Recht statt Gnade

Heinz Forcher ist Koch und Hotelbesitzer des Hotels „Zum Bären“ in Weißenbach in Tirol. Er ist Vater von vier Kindern; zwei Töchter und zwei Söhne. Der Jüngste ist behindert. Arme und Beine sind betroffen. Außerdem, so würden es Ärzte und Pädagogen nennen, liegt eine geistige Behinderung vor.

Aber eigentlich wird der fünfzehnjährige Sohn „Ernsti“, so wird er genannt, in seinem Leben nicht behindert. Er kann sich frei entfalten.

Vor einem Jahr ist der Tiroler Hotelbe-

sitzer Forcher zum Vorsitzenden des Verbandes „Integration Österreich“, ein Zusammenschluß von Elterninitiativen für gemeinsames Leben behinderter und nichtbehinderter Menschen, gewählt worden. Schon damals wurden ihm Visitenkarten mit der Aufschrift „Heinz Forcher, Präsident“ feierlich überreicht. Und wirklich! Vorsitzender

Forcher präsentiert und verkörpert in seiner Person die Integrationsbewegung. Vor zehn Jahren stieg er in diese ein. Es war ein Sprung ins kalte Wasser, und es war ein ganz persönlicher Anlaß. Sein Sohn war fünf Jahre alt, und es gab in Weißenbach und im ganzen Bezirk Reutte keinerlei Versorgung, keine Therapieangebote. Ebenso gab es keine Beratung. „Wir wollten unserem Kind natürlich in seiner Entwicklungsmöglichkeit alles geben und waren damals der Meinung, wir müßten den Institutionen und Behör-

Forcher präsentiert und verkörpert in seiner Person die Integrationsbewegung. Vor zehn Jahren stieg er in diese ein. Es war ein Sprung ins kalte Wasser, und es war ein ganz persönlicher Anlaß. Sein Sohn war fünf Jahre alt, und es gab in Weißenbach und im ganzen Bezirk Reutte keinerlei Versorgung, keine Therapieangebote. Ebenso gab es keine Beratung. „Wir wollten unserem Kind natürlich in seiner Entwicklungsmöglichkeit alles geben und waren damals der Meinung, wir müßten den Institutionen und Behör-

Magazin

den Recht geben und ihn in ein Heim geben.

Optimale Betreuung. Wir dachten, daß er dort die optimale Betreuung bekommt“, so Heinz im Gespräch mit domino in seinem Hotel in Weißenbach. „Heute sieht das für mich ganz anders aus. Aber damals haben wir ihn in das 100 Kilometer entfernte Elisabethinum gebracht. In diesem Heim gibt es diese sogenannte „optimale Betreuung“. Die Kinder leben in Kleingruppen, die eine Art familiäre Situation widerspiegeln sollen. Ein Schwimmbad, Sonderschule, Sonderkindergarten, Reittherapie, Ergotherapie und Logopädie, alles war vorhanden. Wir haben geglaubt, das alles sei notwendig. Ich habe Ernst jeden Montag hingebacht und freitags wieder abgeholt. Beim zweitenmal Hinfahren hat er fürchterlich geschrien, er hat seine ganze Verzweiflung herausgeschrien. Ich war fix und fertig“, beschreibt der damals hilflose Vater diese Situation.

Jetzt ist Schluß! „Das war für mich der Punkt, wo ich gesagt habe, jetzt ist Schluß. Ich laß mir das einfach nicht mehr gefallen, und ich setze alles daran, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, damit unser Sohn zu Hause leben kann.“ Pionierarbeit begann. Mit vielen Leuten wurde gesprochen und verhandelt, aber niemand fühlte sich zuständig. Forcher und andere Eltern gründeten eine Selbsthilfegruppe, die später ein Verein wurde. Diese bauten eine Struktur auf, und mit mobiler Therapie konnte begonnen werden.

Neue Grundsätze bildeten den ideologischen Hintergrund für die

neue Bewegung. „Nicht das behinderte Kind muß zum Therapeuten kommen, sondern der Therapeut muß zum Kind kommen. Es kann nicht angehen, daß ein Kind erst stundenlang fahren muß und damit schon völlig gestreßt zur Therapie kommt. Therapie muß in der gewohnten Umgebung, im häuslichen sozialen Umfeld stattfinden“, so ein Grundsatz der Integrationsbewegung. Doch Probleme gab es damals genug. So gab es in Österreich keinen ausgebildeten Menschen, der mobile Therapie anbieten konnte und wollte. „Wir haben uns dann jemanden aus Holland geholt.“

Großer Bedarf. Als das Projekt lief, wurden im Bezirk Reutte innerhalb eines Jahres rund 60 Kinder und deren Eltern betreut. Es gab also einen großen Bedarf. Durch die Arbeit der Elterngruppe konnte der Sohn Ernst wieder nach Hause und besuchte in Weißenbach die Volksschule. Es war eine der ersten Integrationsklassen in Österreich. Danach hat Ernst die Hauptschule in Reutte besucht. Ebenfalls eine Integrationsklasse. Es sind kleine, oft für Therapeuten unwichtige Situationen, wo tatsächlich miteinander gelebt wird. Doch gerade diese Situationen müssen erkannt werden, um die Dimension des Integrationsgedankens zu begreifen. Eine solche Situation war die Schulbusfahrt zur Hauptschule hin und wieder zurück. „Wir haben gemeinsam mit dem Busfahrer Ernst samt Rollstuhl in den norma-

len Schulbus gehoben. In Reutte haben ihn die Kinder dann zur Schule einfach mitgenommen. Alleine diese Busfahrt hat eine große Bedeutung für Ernst gehabt, denn hier fand und findet Kommunikation statt.“ Auch das war für den jetzigen Vorsitzenden ein Lernprozeß. „Manchmal“, so Forcher, „wenn ich zufällig in Reutte war und ihn mit meinem Auto nach Hause mitnehmen wollte, weigerte sich der Ernst strikt. Er wollte unbedingt mit den anderen Kindern im Postbus mitfahren. Da habe ich erst richtig begriffen, was Integration bedeutet.“

Wir sitzen in der Gaststube des Hotels. Es ist ungefähr 17 Uhr. Wir müssen unser Gespräch unterbrechen. Heinz Forcher zieht sich um. Schnell noch die weiße Mütze aufgesetzt, und dann ist er Chef seiner Küche. Ich sitze in der Gaststube. Ernst auch. Die Gäste kommen vom Spaziergang heim. Freundlich werden wir begrüßt. Einige Gäste unterhalten sich mit uns. Sie kommunizieren mit Ernst. Eine angenehme und natürliche Begegnung. Ernst ist nichts Besonderes, er ist mitten drin.

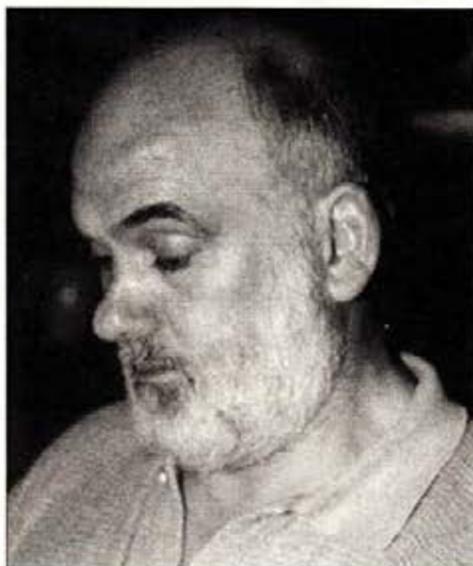
Auf dem Speiseplan stehen heute Meraner Fleischpalatschinken. Eine



Sohn Ernst Forcher.

Eigenkreation des Kochs: Geschnetzeltes in Palatschinken, buntes Gemüse und eine pikante Sauce. Ein Gedicht! Noch ein Salat vom Buffet und ein Bierchen.

Integrationspolitik. Am nächsten Morgen setzen wir unser Gespräch fort. Es wird ein langes intensives Gespräch. Aus der Integrationsarbeit ist Integrationspolitik geworden. „Am Anfang wollten wir alle das gleiche“, so Forcher, „das Recht, daß unsere behinderten Kinder in die Regelschule zu integrieren sind; wir wollten keine Sonderbehandlung mehr, die in der Praxis Ausgrenzung der Kinder bedeutet. Wir wollten nicht mehr auf die Gnade anderer angewiesen sein.“ Um Gedanken auszutauschen, organisierten die Elterninitiativen österreichweite Treffen. Unterstützt wurde diese Entwicklung, indem 1987 eine Arbeitsgruppe seitens des Bundesministeriums installiert wurde, an der Elternvertreter aus den Bundesländern teilnahmen. Seit zehn Jahren gibt es jedes Jahr ein Symposium, immer veranstaltet von Elterngruppen. Dieses Jahr findet das Symposium Ende Oktober in Niederösterreich statt. In den letzten zehn Jahren wurden viele kleine Erfolge erreicht. Jede weitere Integrationsklasse in Österreich war ein Erfolg. Viel Überzeugungsarbeit mußte geleistet werden, um Lehrer und Lehrerinnen, Menschen in Schulbehörden und politisch Verantwortliche für die Integrationspolitik zu gewinnen. Heinz Forcher war immer dabei und ganz vorne. Sein Einsatz für die Integrationsidee kennt keine Grenzen. Trotzdem betont Forcher immer wieder, daß Erfolge nur durch das Engagement vieler Menschen möglich waren und sind.



Meinungsverschiedenheiten

„Natürlich gab es Meinungsverschiedenheiten über den Weg zur flächendeckenden Integration, aber wenn wir diese Integration wollen, muß man sie auch leben und verschiedene Meinungen gelten lassen und darf sie nicht unterdrücken.“ Der politische Durchbruch gelang 1993. Unter Dr. Rudolf Scholten, Bundesminister für Unterricht und Kunst, wurde das Recht der Eltern auf Integration in der 15. Schul-Organisationsgesetznovelle verankert. Ein großer Reformschritt in der Schulgeschichte. Doch Forcher weiß sehr genau, daß ein Gesetz nicht allein die Grundlage für eine Bewußtseinsveränderung in den Köpfen der Menschen bildet. „Dieses Gesetz bedeutet für uns ein wichtiges Fundament für unsere weitere Arbeit.“ Nicht automatisch werden jetzt behinderte Kinder integriert. Obwohl gesetzliche Barrieren nicht mehr vorhanden sind, gibt es noch geistige Barrieren, die blockieren. So gut das Gesetz auch ist, so hat es aber auch viele Lücken. Hier kann integrativer Unterricht bewußt oder unbewußt verhindert werden. „Wir müssen weiterarbeiten, noch viel Überzeugungsarbeit leisten. Vor allem aber müssen wir ein

Informationsnetz schaffen, damit wir LehrerInnen, Eltern und den politisch Verantwortlichen in den Schulbehörden die Möglichkeiten des Gesetzes bewußt machen und sie davon überzeugen, daß die Integrationsidee der richtige Weg ist.

Toleranz und Geduld. Damit wir dieses schaffen, müssen wir die notwendige Toleranz und auch viel Geduld aufbringen“, skizziert Forcher die weitere Arbeit der Integrationsbewegung. In Villach hatten Eltern mit der Schulbehörde Probleme, ihr Recht auf Integration der Kinder durchzusetzen. Anruf bei Forchers. Der Vorsitzende fuhr hin. Er informierte, vermittelte und moderierte. Dreimal. Einige Kinder werden nun doch integriert. Forcher ist viel unterwegs. Spesen werden fast ausnahmslos aus eigener Tasche bezahlt.

Bezahlte Infrastruktur. Forcher kritisiert diesen Umstand. „Es ist ein Skandal, wie der Staat mit Bürgerinitiativen umgeht. Obwohl die politisch Verantwortlichen wissen, daß sie durch die Arbeit der Bürgerinitiativen Hunderte von Millionen Schilling sparen, zeigen wenig Bereitschaft, diesen eine Infrastruktur zu finanzieren. Das muß sich in Zukunft für den Verein ändern.“ Am Schluß des Gespräches drängt sich die Frage auf, wie der Vorsitzende, Vater, Hotelbesitzer und Koch, alles unter einen Hut bringt. „Meine Frau hilft mir, klarer ausgedrückt, ohne ihre Unterstützung könnte ich das alles nicht schaffen.“ Am anderen Morgen ist Forcher schon in aller Frühe nach Innsbruck zur Landesregierung gefahren. Natürlich in Sachen Integrationspolitik. ■

Kommentar zum BPGG Bundespflegegeldgesetz

von Gerd Gruber / Manfred Pallinger

In diesem Buch wird das BPGG samt den Verordnungen und Richtlinien, der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, den Landesgesetzen und den betreffenden Nebengesetzen ausführlich behandelt.

Besonderes Anliegen der Autoren war es, Querverbindungen zwischen dem BPGG und der Vereinbarung und den Landesgesetzen darzustellen und somit den Sinn des Gesetzes in einer gesamtheitlichen Weise aufzuzeigen. Ebenso wurde die Judikatur des Obersten Gerichtshofes (OGH) und des Verwaltungsgerichtshofes miteinbezogen. Einige Richtersprüche lesen sich anmaßend und menschenverachtend, wie eine Kostprobe zeigt: „Unabhängig davon, ob Baden und Duschen nicht durch auf andere Weise vorgenommene gründliche Reinigung des gesamten Körpers ersetzt werden können und daher nicht zu den lebensnotwendigen Verrichtungen zählen, kann - abgesehen von einer allfälligen medizinischen Notwendigkeit - jedenfalls nicht davon ausgegangen werden, daß der Rentner oder Pensionist täglich baden oder duschen muß. (OGH 8.11.1988,...)“

Interessant ist auch der Vergleich der Landespflegegesetze, wo ersichtlich

wird, daß sowohl Differenzen zwischen dem BPGG und den Landespflegegeldgesetzen, als auch zwischen den einzelnen Landesgesetzen bestehen.

Zu empfehlen ist dieser anspruchsvolle Kommentar für Kenner der Materie, Einsteiger werden damit einige Mühe haben.

Buchtip von Dorothea Brozek

Kommentar zum BPGG
Bundespflegegeldgesetz
1994. XIV, 213 Seiten
Gebunden S 490,-, DM 70,-
ISBN 3-211-82584-3
Springer-Verlag Wien New York,

Zentren für Selbstbestimmtes Leben

haben die Funktion, durch persönliche Beratung, Begleitung und Unterstützung bei der Durchsetzung individueller Rechte und selbstbestimmter Lebensmöglichkeiten persönliche Hilfe zu leisten.

Darüber hinaus werden Informationen über Mißstände und Diskriminierungen gesammelt, gebündelt und öffentlich gemacht. Gleichzeitig sollen über die Beratung durch Betroffene konkrete Vorbilder vermittelt werden. Zentren für Selbstbestimmtes Leben verstehen sich als Selbständigkeitszentren, Informationsbörsen, Bera-

tungseinrichtungen, Beschwerdezentren und Kristallisationspunkte der Behindertenbewegung.

BIZERS

Behindertenberatungszentrum
Zentrum für Selbstbestimmtes Leben
Juchgasse 27, A - 1030 Wien
Telefon und Fax: 0222/ 715 35 54



Durch die 15. SchOG-Novelle ist die Integration von behinderten Kindern in der Volksschule seit September 1993 gesetzlich verankert. Ängste und Unsicherheiten sind jedoch nach wie vor vorhanden. Die in den Filmen zu Wort kommenden LehrerInnen und ExpertInnen geben durch ihre Erfahrungen Mut, Motivation und Information.

3 Videofilme zum Thema „Schulische Integration“

+ Medienbegleitmaterial

50 min / öS 200,—

Teil 1: „GESETZ STATT GNADE“

Der mühsame Weg zur Integration

Teil 2: „ALLES WAS NEU IST MACHT ANGST“

Integration in der Volksschule

Teil 3: „INTEGRATION FÄNGT IN DEN KÖPFEN AN“ (Georg Feuser)

Integration im Sekundarbereich

REGIE: CHRISTA POLSTER



Ab Herbst zu beziehen über:

MEDIENSERVICE

des Bundesministeriums f. Unterricht und Kunst

Plunkergasse 3-5

1150 Wien

Bestellnummer:

88017/1-3 MEDIEN SERVICE Video Behinderung/Integration

1994; 50 min-Video + Medienbegleitmaterial

öS 200,—

PRÄSENTATION DIESER FILME

im Rahmen des 10. Österreichischen Symposiums

„ALIBI ODER CHANCE“

(28.-30.10. 1994 in Wiener Neudorf /NÖ.)

Nähere Information und Anmeldung:

Dachverband der NÖ Elterninitiativen für die soziale
und schulische Integration behinderter Kinder

Organisationsbüro: Tel. 02252/23353

Über die Filme:

Dr. Susanne Bews, VS-Lehrerin in einer Integrationsklasse

Das Zustandekommen einer Dokumentation über die Arbeit in Schulen, wo behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, unterstreicht einmal mehr, wie wichtig es ist, sich den Gedanken und Überlegungen der Integrationsbewegung nicht mehr zu verschließen. Reformvorschläge von unten, von LehrerInnen, LeiterInnen und Eltern werden ernst genommen.

Univ.-Prof. Dr. Georg Feuser, Universität Bremen, Studiengang Behindertenpädagogik

...Ich finde alle drei Filme sehr gut gelungen, aussagekräftig, mit einem guten Verhältnis von Wort und Bild, dies sowohl hinsichtlich der Aktualität der Thematik als auch hinsichtlich ihrer Dokumentation. Auf keinen der drei Streifen kann man verzichten - jeder hat seine eigene Aussagekraft, seinen Fokus. Es gibt nicht viele Filme im Rahmen der Integration, die mir vergleichbare Aussagen abringen könnten.

Peter Roehsler, Kameramann:

Was ich gelernt habe? Daß es hart ist, eine Integration in der Schule durchzuziehen. Daß es immer auf die Menschen ankommt, die es versuchen. Wenn man aber nicht die Grundrechte kippen und dem Rassenwahn verfallen will, ist es das einzig Normale, das zu tun.

„Eine ungünstige Voraussetzung nichtaussondernden Unterrichts ist die Tatsache, daß wir Erwachsenen keine anschaulichen Bilder davon im Kopf haben, wie Unterricht in einer vielfältigen Klasse aussehen könnte. Die Menschen der jetzigen Erwachsenengeneration haben dies in ihrer Schulzeit nicht erlebt. Wir benötigen aber anschauliche Beispiele, um uns selbst eine größere innere Sicherheit zu geben.“ (Prof. Jutta Schöler, TU Berlin)

Kandidatin der Grünen zum
Nationalrat
Text: Franz Joseph Huainigg
Foto: Oechsner

**T
h
e
r
e
s
s
i
a**



Haidlmayr

Portrait der grünen Nationalrats-Kandidatin

„denn es geht um unser Lebn, um unsere Freiheit!“

Die Herren in der Portierloge des Parlaments sind freundlich bemüht. In den letzten Jahren haben sie den Umgang mit Behinderten geübt. Manfred Srbs Rampe steht noch. Schließlich war Manfred Srb, Rollstuhlfabrikant und Menschenrechtsaktivist, acht Jahre für die Grünen im Nationalrat und rollte hier ein und aus. Jetzt rollt Theresia Haidlmayr mit ihrem Elektrollstuhl über diese.

Im Grünen Klub ein herzlicher Empfang. „Jö, was hastn do, Resi?“ jubelt Terezia Stoitsits und deutet auf ihren Rollstuhl. „Der is echt super“, erzählt Haidlmayr mit strahlendem Gesicht. „81.000 Schülling. Aber super. A neies Gefühl von Freiheit. I bin jetzt mit dem E-Rolli vom Westbahnhof do hergform.“ Terezia staunt, erinnert sich an die viele Arbeit und verschwindet eilig hinter einer anderen Türe: „Morgen ist Plenum. Ich hasse das. Wirst schon segn, wos dich da erwartet.“ Haidlmayr

steht alleine am Gang. Summend rollt sie zum Tisch und meint: „Wast, i fühl mi schon recht wohl da.“

Seit Theresia Haidlmayr im vergangenen Jahr am Klagenfurter Parteitag der Grünen zur Fixstarterin für ein Nationalratsmandat gewählt wurde, ist ihr Leben stressiger geworden. Haidlmayr betreibt intensiv Wahlkampf. Auf ihrer Tour durch Österreich möchte sie auch Behindertenheime und Rehabilitationszentren besuchen. Die dortigen Situationen stehen im krassen Widerspruch zu ihren Lebensgrundsätzen und -prinzipien. In Heimen werden Behinderte ghettoisiert, und Reha-Einrichtungen vertreten oft nur die Ideologie „du muaßt olls kenem, sonst bist nix“. Für Diskussionen ist also gesorgt, und Haidlmayr bereitet sich darauf vor. Vorerst müssen aber noch die vielen Kleinigkeiten geregelt werden, die ihr Arbeitswechsel mit sich bringt. So muß in Wien ein geeignetes Zimmer gefunden werden. „Mehr als a klans Zimma wüll i net“, gibt sich

Haidlmayr bescheiden, denn eine Wienerin will sie ja nicht gleich werden. Der Bezug zu Steyr, wo sie seit 15 Jahren lebt, ist ihr auch weiterhin sehr wichtig. Die Leute haben ihre Kandidatur sehr positiv aufgenommen. Es gab unzählige Gratulanten. Und einer hat gemeint: „Super Resi, daß du es tuast. Daß du di auf deine Füße stützt!“ Der Tenor war, „daß wir uns nix gfoln lassn solln!“ Und das tut sie ganz bestimmt nicht: „I wor ane, die ma net so leichtfertig hot wegschieben kenem“, meint sie lächelnd. Beim Mobilien Hilfsdienst Steyr, wo sie bis zuletzt gearbeitet hat, schickte sie oft Klienten mit den Worten zur Oberösterreichischen Landesregierung: „Und an schein Gruaß von der Haidlmayr.“

Wenn die Leute Theresia Haidlmayr begegnen, sind sie meistens gehemmt und „irrsinnig freundlich und liab“. Hilflosigkeit ist spürbar. Aber die weiß Haidlmayr zu nehmen: „I sog ihnan anfach, segn's her, wie mei Rolli schick is.“ Da beginnen die Leute



Foto: L. K.

Die wichtigsten Forderungen meiner parlamentarischen Arbeit in den nächsten vier Jahren

* Schaffung eines umfassenden Gleichstellungsgesetzes, das die Diskriminierung behinderter Menschen unterbindet.

* Bedarfsgerechtes Pflegegeld für Menschen, die Hilfe und Pflege in Anspruch nehmen müssen. Schaffung einer offenen Pflegestufe, die den tatsächlichen Pflegebedarf finanziell absichert.

* Flächendeckender Auf- und Ausbau und langfristige Regelfinanzierung von Assistenzzentren.

* Anhebung der Pauschbeträge für behinderte Menschen.

* Auflösung von Großeinrichtungen, Schaffung von dezentralen Wohngemeinschaften (maximal 5 Personen).

* Bedarfsgerechte mobile Dienste (rund um die Uhr) für behinderte und alte Menschen.

das erste Mal zu lachen. Die Leute sagen, daß „diese Resi ein fröhlicher Mensch ist“. Oft sitzt sie aber ganz still im Rollstuhl, hört zu, denkt nach. Und dann plötzlich: ein Beben des Körpers und viele kurzabgehackte, helle Kicherer. Das Leben und ihre Tätigkeit machen ihr Spaß.

Am wenigsten zu lachen hatte Haidl-

Magazin

mayr in der Schulzeit. In der Regelschule wurde sie nicht genommen. 1961, sie war damals immerhin schon neun Jahre alt, hätte sie in die Schwerstbehindertenschule nach St. Isidor kommen sollen. Mit ihr hingefahren sind sie auch, ihre Eltern. Doch ein Blick in die Runde genügte, und die Eltern packten ihre Sachen wieder zusammen. „Do los ma di net hin“, meinten sie damals. Die grüne Kandidatin kam in die Waldschule, eine Sonderschule „weitab vom Schuß“. Die Zeit dort „war ein Hammer“: weit und breit nur behinderte Kinder und Föhrenwald. Einmal pro Monat Besuchstag. „Die Zeit da hob i bewußt verdrängt“, gesteht sie heute, „sonst hätte i es nie gschofft.“ Das Schlimmste war die Trennung von den Eltern. 1971 fand dieses Leben im Ghetto ein Ende: sie legte die Hauptschulprüfung ab.

Drei Jahre lang besuchte sie dann in Wien eine Handelsschule für Behin-

derte. Im Vergleich zur Waldschule ein Paradies.

1974 kam Haidlmayr wieder nach Hause zurück. Sie war einfach wieder da. Der Anschluß an vergangene Tage fiel schwer, kannte sie doch nicht einmal die Nachbarskinder mehr. 10 Jahre lang hatte sie nur behinderte Kinder gesehen und alles schien in Ordnung. Jetzt plötzlich fehlte die „Käseglocke“, und Theresia Haidlmayr merkte, daß irgendetwas mit ihr nicht stimmte. Sie begann, sich mit sich selbst, ihrer Behinderung und der Umwelt auseinanderzusetzen. Ihre Behinderung, „diese Glasknochenkrankheit eben“, gehört zu ihr, ist ein Teil von ihr. Doch was sie heute als Behinderung empfindet, ist etwas anderes: das sind die Stiegen, die engen Türen, die nicht überwindbaren Barrieren ... Und gegen diese Barrieren will sie kämpfen. Als wesentliches Ziel ihrer nun beginnenden politischen Tätigkeit sieht sie die Schaffung eines bundes-

**„Reha- Einrichtungen
vertreten oft nur die
Ideologie. Du muaßt
ollas kennan, sonst
bist nix.“**

Theresia Haidlmayr

weiten Antidiskriminierungsgesetzes. Das, glaubt Haidlmayr, ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Für dieses Ziel will sie auch alle Möglichkeiten ausschöpfen: Demos, Bürobesetzungen ... „Gemeinsam werd'n wir es umsetzen“, gibt sie sich zuversichtlich, „das müss'n wir auch. Denn es geht um unser Lebn, um unsere Freiheit.“

UNABHÄNGIGKEIT durch Eckard Rollstuhl-Lift



**eckard
design**

Für Volkswagen, Seat und Opel

- Zulassung für 3-4 Sitzplätze
- Voll rückrüstbar
- Hohe passive Sicherheit
- **Schwenktür mit Rollstuhl-Lift**
- Ein Bedienungshebel für alle Funktionen
- Elektrisches Öffnen und Schließen der Tür
- Elektrisches Heraus- bzw. Hineinfahren des Rollstuhls

■ Schwenktür auch ohne Rollstuhl-Lift

eckard design Technik GmbH
Reesbergstr. 1 / Postfach 340
D-36003 Fulda
Tel.: (0661) 6000-240, Fax: (0661) 6000-223

COUPON

**Bitte senden Sie mir
Informationsmaterial!**

D

An:
eckard design Technik GmbH
Reesbergstr. 1 / Postfach 340
D-36003 Fulda

Rauch-Kallat stellt neue Broschüre vor

ein Bericht von Andreas Oechsner

|| Menschen haben Anspruch auf barrierefreien Lebensraum ||

Insider staunten nicht schlecht. Die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie Maria Rauch-Kallat lud Journalisten zur Vorstellung eines neuen Handbuchs „Empfehlungen für barrierefreies Bauen“ ein. Ort des Geschehens war der Presseclub Concordia im Wiener 1. Bezirk.

Der Presseclub ist derzeit nur über eine steile Treppe zu erreichen. Gedankenlosigkeit oder Absicht? Natürlich sollten und nahmen auch Menschen im Rollstuhl an der Pressekonferenz teil. Der Malteserhilfsdienst war ausgerückt und leistete Treppenhilfe. Auch „gehende“ Journalisten sollten sich in einem Rollstuhl die Treppe hinauftragen lassen, „um das Gefühl der Abhängigkeit durch Bar-



Barrieren hautnah auf! Foto: Constanze Harry Schiffer

rieren hautnah spüren zu können“, lüftete die Gastgeberin Rauch-Kallat das Geheimnis ihrer Überlegungen. Einige Journalisten ließen sich auch von Hilfspersonen des Malteserhilfsdienstes hinauftragen.

„Wir müssen endlich erkennen, daß die Integration behinderter Menschen in allen Lebensbereichen nichts anderes als die Umsetzung der Menschenrechte bedeutet“, skizzierte die Ministerin ihr persönliches Engagement und ihren politischen Ansatz. „Ich werde daher in der nächsten Legislaturperiode darauf dringen, ein Verfas-

sungsgesetz zur Umsetzung dieser Menschenrechte zu erarbeiten“, so die ÖVP-Politikerin.

Nach der letzten Aufstellung des statistischen Zentralamtes aus dem Jahre 1986 sind über 40 % der Bevölkerung in Österreich körperlich behindert und durch Barrieren diverser Art in ihrer Bewegung eingeschränkt. „Dieses war“, so die Ministerin, „die Motivation, ein Handbuch ‚Empfehlungen für barrierefreies Bauen unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Senioren‘ in Auftrag zu geben. Und was für Kinder und Senioren ar-

Magazin

chitektonisch sinnvoll ist, gilt auch für behinderte Menschen.“ Auf diese Broschüre geht domino auf Seite 16 in diesem Heft noch näher ein. Dieses Handbuch wird allen Gemeinden in Österreich zur Verfügung gestellt, da diese in erster Instanz Baubehörde sind und daher auch große Einflußmöglichkeiten bei der barrierefreien Gestaltung von Bauten haben.

In diesem Zusammenhang unterstrich Rauch-Kallat ihre Forderung nach der Schaffung eines Staatssekretariates für Behindertenfragen. Eine solche temporär auf ca. acht Jahre beschränkte Stabsstelle sollte die Belange der behinderten Menschen ressortübergreifend koordinieren. Zum Schluß unterschrieb die Ministerin die Resolution für ein Gleichstellungsgesetz, die von vielen Behindertenorganisationen getragen wird. 

Die Broschüre

„Empfehlungen für barrierefreies Bauen unter besonderer Berücksichtigung von Kindern und Senioren“ kann im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Abteilung III/6, A-1010 Wien, Gonzagagasse 19/3/7
Tel.: 0222/23475 0,
Fax: 0222/5354 803
angefordert werden.

HÄUSER AUS HOLZ

Gesellschaft m. b. H.



Planung
Bauberatung
Blockhäuser
Häuser aus Holz
Dachstühle



INDIVIDUELLE HÄUSER
MIT PERSÖNLICHER NOTE



Zimmermeister • Baumeister • Ing. Georg Mühlberger
4611 Buchkirchen • Wörist 18 • Tel. 0 72 42/64 4 25

Die Volkspartei
in der Regierung

die Kraft
der Mitte





Pressekonferenz mit Dr. Andreas Jürgens und Ottmar Miles-Paul
Text und Foto von L. K. direkt aus Berlin

Pressekonferenz der ungewöhnlichen Art

**„Niemand darf wegen seiner
Behinderung benachteiligt
werden.“
Diskriminierungsverbot in der
Verfassung verankert!**

Berlin, Reichstag, 30. Juni 1994, 18.17 Uhr: Bundestagsvizepräsidentin Renate Schmidt gibt das Ergebnis der amtlichen Abstimmung im Bundestag bekannt: „Es wurden 629 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 622 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein drei, enthalten haben sich vier. Der Gesetzesentwurf ist damit mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.“ Nun muß noch der Bundesrat zustimmen, der eine Sondersitzung zur Verfassungsdebatte am 2. September einberufen hat.

„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ So wird es demnächst in Artikel 3 des Grundgesetzes heißen. Damit ist nach vierjährigem beharrlichen Kampf der Behindertenverbände eine Utopie wahr geworden. Nur sechs Wochen vorher sah es überhaupt nicht nach dieser Einstimmigkeit im Ergebnis aus. Besonders die Unionsparteien - angeführt von Rollstuhlfahrer Schäuble - hatten mit dem Schlagwort von dem „Warenhauskatalog“ jahrelang vehement Widerstand gegen eine Erweiterung des Artikels 3 geleistet. Realistisch gesehen konnte

Ausland

man also für die Schlußabstimmung des Bundestages nur einen Achtungserfolg der Behindertenbewegung erwarten.

Doch am Abend des 20. Mai glaubten die Aktiven ihren Augen und Ohren nicht zu trauen: Vor laufenden Fernsehkameras versprach Kohl an diesem Tag beim VdK-Kongreß (eingedenk sechs Millionen möglicher Wählerstimmen!), sich persönlich für die angestrebte Grundgesetzänderung einzusetzen. Die Fraktion schwenkte wenige Tage später gehorsam um.

Angesichts des nunmehr bestehenden großen Konsenses aller Parteien war dann das nahezu einstimmige Abstimmungsergebnis am Abend keine Überraschung mehr. Die kalte Dusche kam aber am Vormittag durch den Bundesrat, als der Hamburger Bürgermeister Voscherau das geschlossene „Nein“ der Länder ankündigte. Nicht aber etwa, weil die Länder etwas gegen ein Diskriminierungsverbot haben, im Gegenteil. Der Grund liegt darin, daß die Union

14 Tage zuvor einen Kompromiß der Verfassungskommission in Fragen der Ländergesetzgebung aufgekündigt hatte. Die Länder drohen nun, auch den Teil der Verfassungsreform abzulehnen, den sie inhaltlich voll mittragen. Der Vermittlungsausschuß soll angerufen werden, und Anfang September soll dann im Bundesrat die Entscheidung fallen.

So richtig gab es also noch keinen Grund zum Feiern, obwohl just aus diesem Grunde etwa 200 Menschen mit Behinderung aus der ganzen Republik angereist waren. Sie wollten die Debatte vor Ort verfolgen und anschließend eine große Fete machen. Den Auftakt zu dieser Aktion bildete eine „Pressekonferenz der ungewöhnlichen Art“, wie es Ottmar Miles-Paul vom Initiativkreis Gleichstellung Behinderter nannte. Auf den Stufen bzw. auf der Rampe vor dem Nordeingang des Reichstages wurde eine Pressekonferenz abgehalten, zum Zeichen dafür, daß die Behindertenbewegung sich diesen Erfolg vor allem auf der Straße erkämpft hat.

Im nahegelegenen „Haus der Weltkulturen“ fand dann die Feier mit einer erfreulich kurzweiligen Folge von Statements statt: Es gab eine Grußbotschaft des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, Reden von Andreas Jürgens, Andrea Schatz und Heinz Preis, die bereits bei der Anhörung vor der Verfassungskommission gesprochen hatten. Rita Süßmuth von der CDU schickte ein Grußwort. Stark persönlich vertreten waren Abgeordnete der SPD, die betonten, daß der Erfolg ohne die stetige Initiative der behinderten Menschen selbst nicht gelungen wäre. Interessant auch die Aussage der neugewählten SPD-Europaabgeordneten Barbara Weiler, die sich dafür aussprach, das Diskriminierungsverbot Behinderter auch in einer noch zu schaffenden europäischen Verfassung zu verankern. Ilja Seifert (PDS) brachte es zum Abschluß der Feier auf den Punkt: „Dieser Tag zeigt, daß behinderte Menschen zu großen Kraftanstrengungen fähig sind. Heute ist der Tag der Behindertenbewegung und nicht irgendeiner Partei.“

Neu: Wirtschaftskompaß für Österreich 20.000 Firmen, 52.000 Produkte

Vor mehr als 50 Jahren wurde in der Schweiz die Idee geboren, der Wirtschaft einen „Kompaß“ zur Verfügung zu stellen, ein Informationswerk, das in neuer, übersichtlicher Form die mit Einkauf und Verkauf befaßten Stellen bzw. Personen in die Lage versetzt, sich rasch einen profunden Überblick über den Markt zu verschaffen. Heute gibt es weltweit bereits über 130 KOMPASS-Verlage und Informationsstellen. Jährlich werden diese detaillierten Firmenporträts enthaltenden KOMPASS-Wirtschaftsbücher, die in den meisten europäischen Ländern erscheinen, auf den jeweils aktuellsten Stand gebracht. Die Reihe dieser Nachschlagewerke wird nun mit einer Österreich-Ausgabe bereichert.

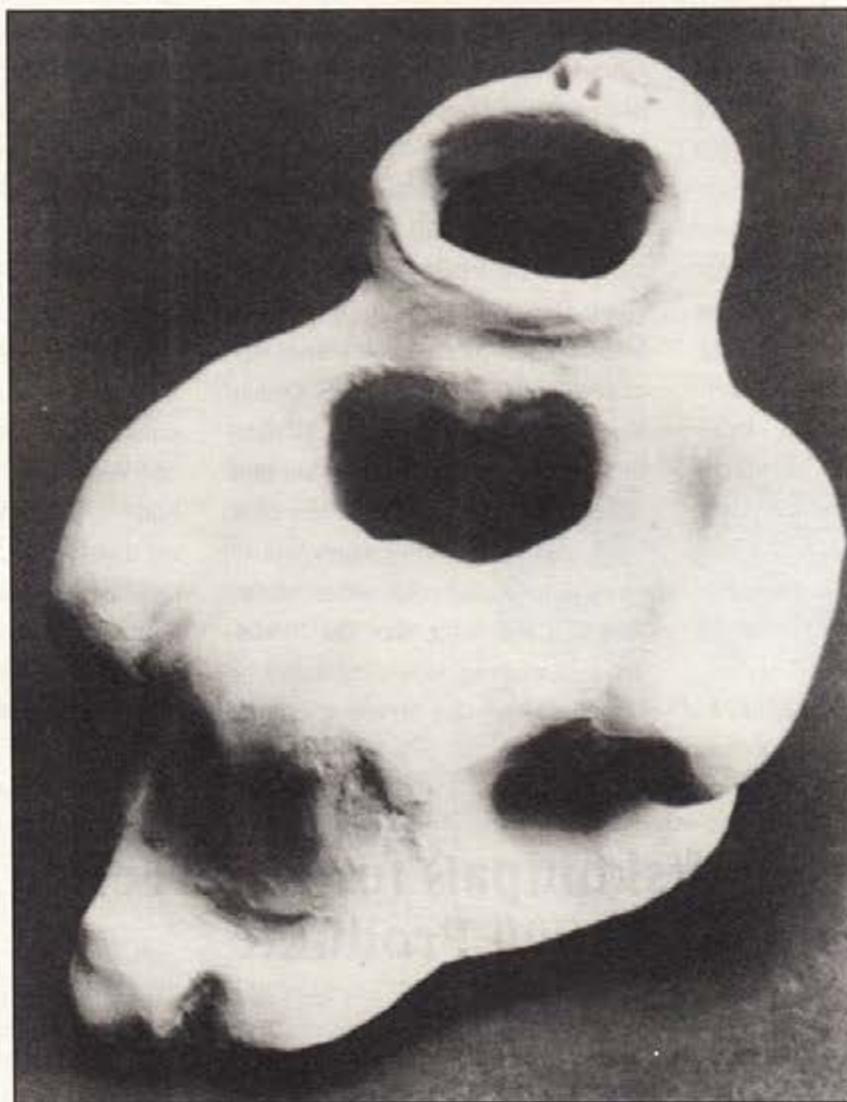
Sie wird vom K C-press Verlag in Wilhering bei Linz herausgegeben und im Sommer 1994 verfügbar sein. Diese Österreich-Ausgabe umfaßt über 20.000 Firmenporträts sowie 52.000 Produkte und Dienstleistungen. Ein besonderes Zuckerl für den Leser: die im Nachschlagewerk aufscheinenden Firmen werden automatisch mit gleichem ausführlichem Info-Text in der Welt-Datenbank von KOMPASS International gespeichert. Über diese Datenbank kann der Auskunftsuchende per Computer über die K C-press Zentrale in Wilhering alle wichtigen Daten und Kennzahlen von über 1 Million Firmen auf der ganzen Welt in Sekundenschnelle abrufen. Im K C-press Verlag in Wilhering sind natür-

lich auch die bisher weltweit in 70 Ländern erschienenen Wirtschaftsbücher direkt erhältlich. Und die Kosten? Die sind sehr moderat. Das zweibändige Informationswerk Österreich 1994/95 kostet 3.700 S (Subskription), nach Erscheinen 4.500 S. Besonders günstig ist mit 5.900 S das Sonderpauschalpaket, in dem zusätzlich zu den beiden Bänden die Einschaltung eines detaillierten Firmenporträts, das Firmenlogo und die Aufnahme in die internationale Datenbank enthalten sind (alle Preise exkl. MWST.) Nähere Auskünfte erhalten Sie beim Verlag!



Sexuelle Gewalt

In der Nacht kommt der Mann ohne Gesicht wieder



*Diese Skulptur ist von einer sexuell ausgebeuteten Frau gemacht worden
Foto: Ce Be eF Schuetz*

von **Silvia
Oechsner**

Im Herbst 1992 veranstaltete das Ministerium für Frauenangelegenheiten ein Symposium zum Thema „Gegen sexuellen Mißbrauch an Frauen mit Behinderung oder In der Nacht kommt der Mann ohne Gesicht wieder“. Die Betroffenheit der Teilnehmerinnen war groß, das Interesse der Medien fast null.

Die Betroffenheit der Teilnehmerinnen war groß, das Interesse der Medien fast null.

Weit größer war da schon das Interesse der Boulevardpresse, als im

Frühjahr 1994 in der Lebenshilfe Steiermark ein Heimleiter wegen sexueller Gewalt an behinderten Frauen verhaftet wurde. Die Schlagzeilen reichten von „Tatgeständnis nach Sexspielen“ bis „Sex-Skandal im Be-

hindertenheim“. Die Pressereaktionen in diesen beiden Fällen spiegeln sehr genau den gesellschaftlichen Umgang mit der Sexualität behinderter Frauen wider. Einerseits wird behinderten Frauen jegliche Sexualität abgespro-

chen. Sie sind geschlechtlose Wesen, und eine ernsthafte mediale Auseinandersetzung mit diesem Thema ist somit in einer patriarchal strukturierten Gesellschaft entbehrlich.

Magazin

Jetzt gibt es plötzlich sexsüchtige behinderte Frauen. Läßt sich der Zugriff nichtbehinderter Männer auf behinderte Frauen dann doch ausnahmsweise nicht mehr vertuschen, so wird die eben aufgezeigte Sichtweise ins Gegenteil verkehrt. Jetzt gibt es plötzlich sexsüchtige behinderte Frauen, die von nichtbehinderten Männern, immer hierarchisch übergeordnet, gnadenhalber sexuell befriedigt werden.

Behinderte Frauen werden also je nach den Bedürfnissen einer immer noch weitgehend patriarchal strukturierten Gesellschaft instrumentalisiert. Im Normalfall wollen nichtbehinderte Männer mit diesen Krüppelfrauen nichts zu tun haben, vor allem wollen sie ganz sicher nicht mit deren Sexualität und eventuell daraus resultierenden Wünschen und Bedürfnissen zu tun haben. Behinderten Frauen wird daher Sexualität sicherheitshalber abgesprochen. Andererseits sollen aber auch Männer, die sich an behinderten Frauen vergehen, möglichst unbehelligt bleiben. Die behinderte Frau, vor allem die geistig behinderte Frau, wird als sexgieriges Individuum hingestellt und ist damit selber schuld.

Doppelmoral. Diese Doppelmoral hat zu dazu passenden praktischen Lösungsansätzen geführt. Geistig behinderte Frauen sind in vielen Fällen von frühzeitiger Sterilisation bedroht. Sie sollen damit angeblich vor Schwangerschaft und Vergewaltigung geschützt werden.

Wenn sie zum Streunen beginnen
Der bekannte Prof. Dr. Andreas Rett bestätigte im ORF Inlandsreport

1992 diese These in menschenverachtender Weise: „Wenn sie zum Streunen beginnen“, gemeint sind geistig behinderte Frauen, „ist das Mittel der Sterilisation nur zu ihrem Schutze und damit zu ihrem Besten.“

Tatsächlich wird aber in den meisten Fällen gar nicht erwogen, ob die behinderten Frauen sexuelle Kontakte oder Kinder haben wollen oder nicht, sondern Ziel ist doch eher, nichtbehinderte Männer vor den Folgen ihres Handelns zu schützen. Zum anderen bietet auch die Unterbringung von behinderten Frauen in Heimen und Institutionen genügend Möglichkeiten, sexuelle Übergriffe an behinderten Frauen vor einer breiteren Öffentlichkeit verborgen zu halten. In Institutionen, in denen im übrigen behinderte Frauen, da ihnen ja eigene Sexualität offiziell nicht zugesprochen wird, streng getrennt von behinderten Männern untergebracht sind.

Doppeltes Tabu. Die patriarchale Gesellschaft sichert sich gegen das Problem der Sexualität behinderter Frauen also mit einem doppelten Tabu. Der Mißbrauch kann nicht stattfinden, da sie kein geschlechtliches Wesen ist.

Paradigmenwechsel gefordert. Lösungsmodelle, die sich an den Bedürfnissen behinderter Frauen orientieren, werden zum Beispiel im Rahmen der Independent Living Bewegung erarbeitet. Eine der wichtigsten Forderungen dieser Bewegung ist ein Paradigmenwechsel. Behinderte Menschen wollen nicht länger als fremdbestimmte Objekte von

Pflegern und Helfern abhängig sein, sondern in Selbstbestimmung über ihren Assistenzbedarf entscheiden. AssistentInnen werden von den behinderten Personen ausgesucht, angewiesen und bezahlt. Das Machtverhältnis wird also völlig umgedreht. Für behinderte Frauen würde dies einen wesentlichen Fortschritt bedeuten. Die Möglichkeit selbst zu bestimmen, wer den eigenen Körper berührt, würde schon ein großes Gefahrenpotential beseitigen.

Insbesondere für geistig behinderte Mädchen und Frauen muß aber auch eine ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechende Sexualpädagogik angeboten werden. Der Umgang mit Verhütungsmitteln ist für viele dieser Frauen ebenso erlernbar wie die gezielte Abwehr von unerwünschten sexuellen Übergriffen.

Solidarität! Diese grundsätzlichen Anliegen behinderter Frauen werden sicherlich in ihrer Durchsetzung auf Widerstand stoßen. Die Solidarität nichtbehinderter Frauen wird dazu sicher in stärkerem Ausmaß als bisher erforderlich sein. ■



Mag. Silvia Oechsner

Grolls großer Sprung

von Erwin Riess

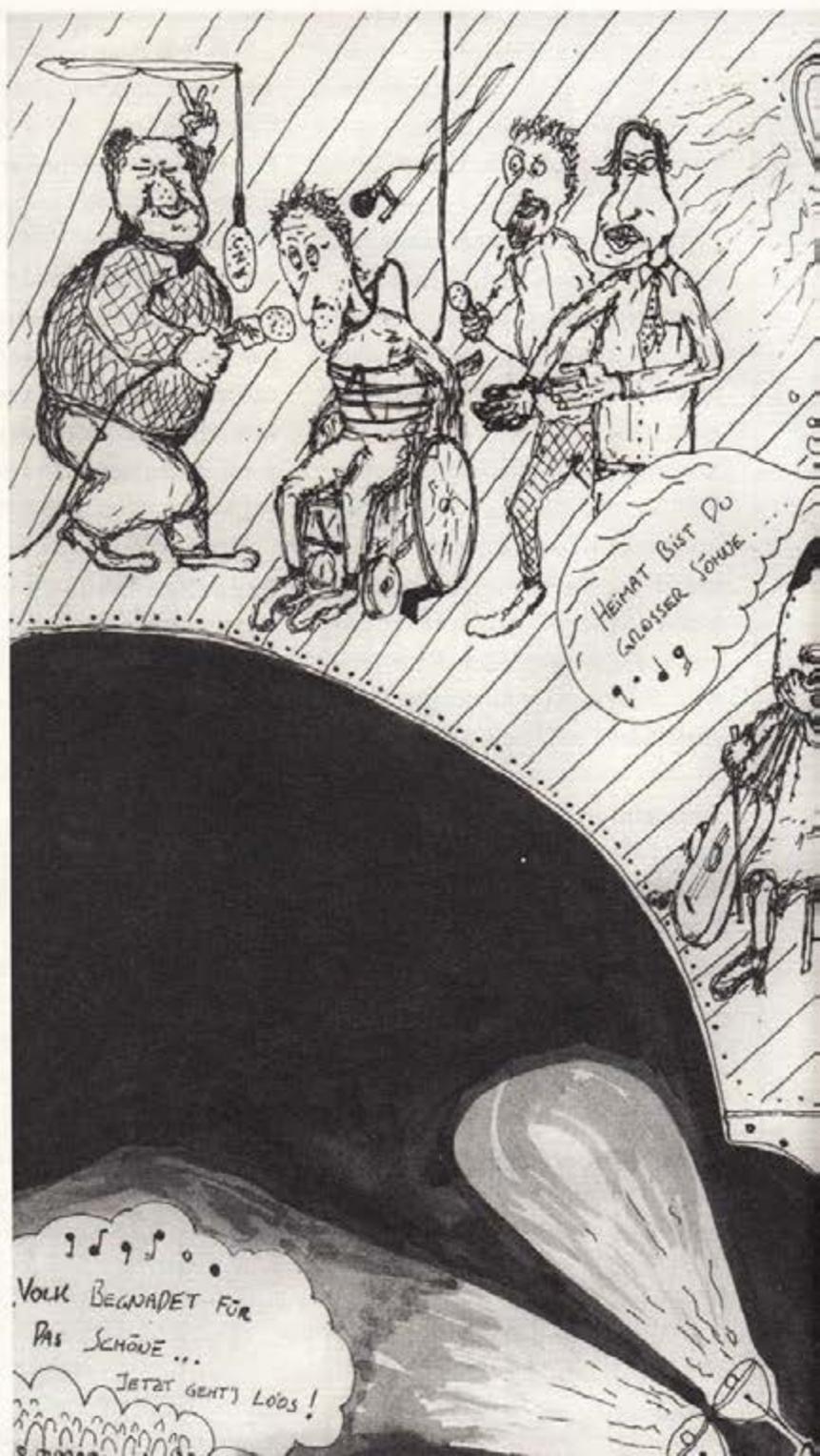
Wien-Floridsdorf, ein Sommerabend. Die Donauinsel auf der Höhe der Reichsbrücke. Vor einem Kranwagen hat sich eine große Menschenmenge gebildet. Die Leiter des Mobilkrans ist auf eine Höhe von achtzig Meter ausgefahren, auf halber Höhe verkündet ein Transparent: „1. Rollstuhl-Bungee“.

Vor dem Fahrzeug befindet sich ein mit drei Personen besetztes Podium, das von Fernsehteams und Reportern umlagert wird. Die drei Personen sind: ein Vertreter des Arbeitersamariterbundes, Magister Tritt und Groll, der mit einer Wäscheleine an den Rollstuhl gefesselt ist. Eine Pressekonferenz ist im Gange.

Ein Journalist:

„Ich vertrete Radio Wien. Können Sie unseren Hörern sagen, warum der Arbeitersamariterbund diesen Weltrekordversuch unterstützt?“

Cartoon: Andreas Scharang



Satire

Der Vertreter der Arbeitersamariter: „Wir haben es uns zur Aufgabe gestellt, überall dort, wo wir sind, unsere Präsenz in den Dienst einer Sache zu stellen, von der wir hoffen, daß sie gut ist. Aus diesem Grund haben wir nicht gezögert, als Dozent Tritt sich an uns gewandt hat. Wenn man uns braucht, erschallt der Ruf der Nächstenliebe umso lauter.“

Groll will etwas sagen, Tritt hält ihm das Mikrophon vor den Mund.

Groll: „Es handelt sich mitnichten um einen Weltrekordversuch, Sie Idiot!“

Ein anderer Journalist: „Ich komme vom ORF, Aktueller Dienst!“

Tritt: „Stellen Sie Ihre Frage!“

Der ORF-Reporter: „Dozent Magister Tritt! Ist es richtig, daß Sie bei der Bestellung von Professoren an der Universität Wien bereits zweimal übergangen wurden?“

Tritt: „Die nächste Frage, bitte!“

Der ORF-Reporter: „Ist es richtig, daß Sie und Herr Groll voriges Wochenende in angetrunkenem Zustand einen Zeitungsständer besudelt haben? Ist es ferner richtig, daß Sie den Inhalt des Zeitungsständers auf die Auffahrt zur Villa des Herausgebers der größ-

ten österreichischen Tageszeitung...“

Tritt: „Kein Kommentar. Fragen Sie zur Sache, nicht zur Folklore.“

Groll: „Sie vom ORF! Wo wohnen Sie?“

Ein bärtiger Reporter: „Ich repräsentiere hier das größte österreichische Aufdeckungsmagazin.“

Groll: „Und?“

Der bärtige Reporter: „Der Weltrekordversuch soll die Öffentlichkeit für ein Problem sensibilisieren, das bisher nur klischeehaft...“

Groll: (schreit) „In Surrogaten von Klischees!“

Der bärtige Reporter: „Wie bitte?“

Groll: „Der nächste, bitte!“

Ein Journalist: „Richard Bride. BBC. Fürchten Sie nicht, daß Ihre Aktion von behinderten Menschen mißverstanden werden könnte?“

Tritt: (nach einem Blick auf Groll) „Mister Groll und ich sind uns dessen bewußt, daß in diesem Land, dessen Medien ihm in keiner Weise unrecht tun, jegliche Hoffnung auf Aufklärung auszuschließen ist. Daher haben wir beschlossen, angesichts der behindertenfeindlichen Berichterstattung in den österreichischen Medien ein weithin sichtbares Zeichen des Protestes zu setzen.“

Eine Journalistin: „Helen Stockman. CNN. Hat Mister Groll jemals ähnliche Versuche unternommen?“

Tritt sieht Groll an, der lächelt verträumt.

Tritt: „Mister Groll legt Wert auf die Feststellung, daß er, ein Angehöriger der niederen Stände, noch nie das Bedürfnis verspürt hat, hoch hinaus zu wollen.“

Eine Reporterin: „Alissa Dippleton vom ‚Guardian‘. Wie lange haben Sie für diesen Sprung trainiert.“

Groll: „Ein ganzes Leben.“

Tritt: „In den letzten vierzehn Tagen haben wir die heimische Medienberichterstattung über behinderte Menschen nachgelesen.“

Die Reporterin: „Wann ist der Entschluß festgestanden, dieses Wagnis auf sich zu nehmen?“

Tritt: „Als Mister Groll und ich feststellen mußten, daß in der Berichterstattung über den verstorbenen Psychologen Ringel - einer der bekanntesten Rollstuhlfahrer Österreichs - immer wieder, in allen Zeitungen, im Hörfunk und im Fernsehen, DIE BERÜCHTIGTE WENDUNG auftauchte, stand unser Entschluß fest.“

Die Reporterin: „Diese berüchtigte Wendung wird nach Ihrer Aktion aus den Medien verschwinden?“

Groll: „Sie wird verschwinden, weil die Person, die sie bezeichnet, verschwunden sein wird.“

Tritt: „Mehr können wir jetzt nicht sagen.“

Ein Reporter im Rollstuhl: „Francois Dellerue. ‚La Route, Bordeaux‘. Wem widmen Sie den folgenden Sprung?“



Reichsbrücke

50 M

Tritt: „Monsieur Groll und ich widmen diesen Sprung allen, die keine großen Sprünge machen können.“

Groll: „Die Pressekonferenz ist beendet. Wir danken allen ausländischen Journalisten für Ihr Erscheinen. Ganz besonders danke ich Monsieur Dellerue für den Mut, als alleinreisender behinderter Mensch nach Wien zu kommen. Ich wünsche Ihnen eine prompte und unbeschadete Rückkehr nach Frankreich!“

Hinter Groll und Tritt haben vier weibliche Musiker Platz genommen, es handelt sich um Angehörige eines Streichquartetts. Sie intonieren den Schluß von Schuberts neunter Sinfonie. Infolge des Straßenlärms von der nahen Reichsbrücke sind aber nur Musikfetzen zu hören. Es ist dunkel geworden, Scheinwerfer erhellen die Szene.

Grolls Rollstuhl wird an dem herabgelassenen Seil des Kranarms angebunden. Währenddessen wird Tritt von einer Seilwinde auf eine Plattform an der Spitze des Kranarms hochgezogen. Langsam erhebt sich jetzt auch Groll über die Menge, das vielfach um den Körper geschlungene Seil verhindert seinen Sturz aus dem Rollstuhl. Von Scheinwerferbatterien in gleißendes Licht getaucht, entschwebt er in den Nachthimmel. Der Verkehr auf der Reichsbrücke ist von einer Abordnung der Arbeitersamariter angehalten worden, die Musik ist jetzt deutlich zu hören.

Während Groll langsam hochgezogen wird, ertönt aus den Lautsprechern eine Durchsage. „Der große Sprung wird unterstützt von...“ Es folgt eine Aufzählung von Gewerbe- und Heurigenbetrieben in Groß-Jedlersdorf.

Groll ist am Ende des Kranarms angekommen, auf einer kleinen Plattform steht Magister Tritt und befestigt das Bungee-Seil an Grolls Rollstuhl. Die Fernsteams arbeiten auf Hochtouren, die Menschenmenge verharrt in atemloser Spannung. Tritt löst die Schlaufe eines am Rollstuhl angebrachten Bandes, es entrollt sich, die Scheinwerfer tasten das Spruchband ab: EIN KLEINER SPRUNG FÜR DIE MENSCHHEIT, ABER EIN GROSSER SPRUNG FÜR ÖSTERREICH.

Das Streichquartett setzt die Instrumente ab, die Musikerinnen blicken gespannt auf die Plattform in schwindelnder Höhe. Von der nahen Donau ist das gleichmäßige Stampfen eines Schiffsdiesels zu hören. Aus den Lautsprechern ertönt ein Trommelwirbel. Tritt beugt sich zu Groll und flüstert ihm etwas zu, dann küßt er ihn auf den Mund und löst die Bremsen des Rollstuhls. Der Trommelwirbel setzt aus, Tritt geht einen Schritt hinter den Rollstuhl zurück und gibt ihm einen sachten Stoß. Ein Aufschrei geht durch die Menge, der Rollstuhl fällt wie ein Stein zu Boden. Wenige Meter über dem Boden reißt das Gummiseil, und der Rollstuhl bohrt sich mit dem an ihn gebundenen Groll in die Wiese, die Räder des Rollstuhls fliegen meterweit durch die Luft. Sofort umringen Arbeitersamariter den Unglücksort. Die Stille, die sich über das Geschehen legt, wird von Grolls Stimme aus dem Lautsprecher durchbrochen: „Der an den Rollstuhl gefesselte Rollstuhlfahrer ist tot. Ich gab mein Leben für das richtige Wort. Hören Sie mein Vermächtnis: Nie wieder sollen Journalisten von an den Rollstuhl gefesselten Menschen schreiben; tun sie es dennoch,

wird höllischer Groll über sie kommen, und großes Wehklagen soll in die Redaktionen einziehen.“

Zwei Stunden später. In einem Heurigenlokal in Groß-Jedlersdorf. Groll und Tritt prostern Monsieur Dellerue zu. Sie trinken, Dellerue nippt nur vom Glas.

Tritt: „Wir sind Ihnen zu großem Dank verpflichtet. Es hat alles wunderbar geklappt.“

Dellerue: „Wie seinerzeit in Calais.“

Tritt: „Der Puppe ist fast nichts passiert, Sie können sie wieder mitnehmen.“

Groll: „Der Rollstuhl allerdings ist nur mehr Schrott.“

Dellerue: „Das ist bedauerlich.“

Groll: „Keinesfalls. Es handelte sich um ein österreichisches Fabrikat.“

Dellerue greift in das Netz seines Rollstuhls und zieht eine Flasche „Louis Eschenauer; St. Emilion“ hervor.

Dellerue: „Lassen Sie uns mit einem Glas Wein auf Ihren großen Sprung anstoßen!“

Groll: „Mit Vergnügen. Frau Wirtin, bitte vier neue Gläser!“

Die Wirtin: die Flasche sehend: „Was ist das?“

Groll: „Das ist eine Premiere: Der erste Wein, der in Ihrem Heurigen ausgedient wird. Setzen Sie sich zu mir, kosten Sie!“

domino
Nachrichtsmagazin für gehinderte Menschen

regelmäßig zu bekommen ist ganz einfach!

Abonnement

Füllen Sie einfach den untenstehenden Rückkupon aus, trennen Sie ihn ab, knicken ihn und kleben ihn zusammen, frankieren Sie ihn ausreichend - und dann ab zur Post. Alles andere machen dann wir. Sie bekommen dann vierteljährlich eine Ausgabe von domino zugeschickt.

Sie möchten einer/m Bekannten ebenfalls domino zum Kennenlernen zukommen lassen - einfach ankreuzen und den betreffenden Namen und die Adresse ausfüllen. Ihr/e Bekannte/r bekommt ein Exemplar dann gratis zugeschickt.

Achtung: Erst einzahlen, wenn Sie den Erlagschein erhalten haben.

Ich bestelle ein Abonnement des Nachrichtsmagazins domino.
domino erscheint vierteljährlich.

Ein Jahresabonnement kostet S 120,-

Ich werde den Abo-Preis

per Erlagschein bezahlen. Ich bitte darum um die Zusendung eines
Erlagscheines an die umseitige Adresse.

Schicken Sie ein Exemplar von domino außerdem (gratis) an:

Name, Telefonnummer

Adresse, PLZ, Ort, Land

Unterschrift

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Adresse

Name

Absender:

domino

-Abonnement

An

domino

Nachrichtsmagazin für
gehinderte Menschen

Marion Rinnerberger

A-4592 Leonstein 170

Bitte mit
S 5,50
frankieren

Impressum:

domino Nachrichtenmagazin für gehinderte Menschen

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger:
domino - Verein für gehinderte Menschen
Mozartstraße 11, A-4020 Linz
Tel./Fax 0732/775575

Verantwortlicher Redakteur:
Andreas Oechsner

Redaktion: Martin Ladstätter

freie MitarbeiterInnen:
Dr. Franz Joseph Huainigg, Mag. Silvia
Oechsner, Dr. Erwin Riess, Corinna
Lichtenberg

Cartoons: Andreas Scharang

Layout: Harry Schmadlbauer

Druck: Fidelis Druck GmbH, Linz

Anzeigen erscheinen unter der
Verantwortung der Auftraggeber

Abo und Vertrieb: Marion Rinnerberger,
A-4592 Leonstein 170, Tel.: 07584/3488

Jahresabo S 120.— (DM 18,—) Einzelheft
S 40.— (DM 6,—)

Bankverbindung: Oberbank, Linz
BLZ: 15000, Ktn.: 711-2205/25

domino erscheint vierteljährlich jeweils im
März, Juni, September, und Dezember

Anzeigenschluß: jeweils vier Wochen vor
erscheinen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stel-
len nicht unbedingt die Meinung der Re-
daktion dar.

Nachdruck nur mit Genehmigung gestattet.

§ 25 Mediengesetz Blattlinie:
Berichterstattung über behindertenpoliti-
sche Themen im In- und Ausland

Verlagspostamt: 4010 Linz P.b.b.
DVR: 0756024

Mind. haltbar bis Ende 2995



Manches hält länger als unsere Umwelt.

Informationen über Müllvermeidung:
Abfalltelefon 2130

LINZ
Eine Stadt